

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuer samt Protokoll (Turkmenistan), Fassung vom 26.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Turkmenistans zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

StF: BGBl. III Nr. 185/2015 (NR: GP XXV RV 773 AB 829 S. 98. BR: AB 9468 S. 846.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 25. November 2015 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 27 Abs. 2 mit 1. Februar 2016 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung Turkmenistans, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Text

KAPITEL I.

ANWENDUNGSBEREICH DES ABKOMMENS

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
 - ii) die Körperschaftsteuer;
 - iii) die Grundsteuer;
 - iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
 - v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet)
- b) in Turkmenistan:
 - i) die Steuer auf den Gewinn (das Einkommen) juristischer Personen;
 - ii) die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen;
 - iii) die Steuer auf Vermögen;
 (im Folgenden als „turkmenische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

KAPITEL II. DEFINITIONEN

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Turkmenistan“ das Hoheitsgebiet Turkmenistans innerhalb seiner Landesgrenzen zusammen mit den Küstengebieten (einschließlich der Meeres- und Unterwassergebiete) innerhalb derer Turkmenistan in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte und Gerichtsbarkeit ausübt;
 - c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung jeglicher Geschäftstätigkeit;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Turkmenistan: das Finanzministerium und die staatliche Hauptfinanzbehörde oder deren bevollmächtigte Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ in Bezug auf einen Vertragsstaat:
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - j) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen

gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Erschließung, des Abbaus und der Förderung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

KAPITEL III.

BESTEuerung DES EINKOMMENS

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten,

zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT, BINNENSCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personen-gesellschaft), die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Solche Zinsen dürfen nach dem Recht dieses Staates auch in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem sie stammen; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in welchem der Empfänger ansässig ist, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen in diesem Staat ansässig ist und:

- a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;
- b) wenn die Zinsen vom Staat, aus dem die Zinsen stammen, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften öffentlichen Rechts gezahlt werden;
- c) wenn die Zinsen für ein Darlehen, eine Forderung oder einen Kredit gezahlt werden, die der Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Exportfinanzierungsagenturen schuldet oder von diesen eingegangen, gewährt, garantiert oder besichert wurden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit

durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen bezieht, deren Wert zu mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

- (1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.
- (2) Vergütungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

- (1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.
- (2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

KAPITEL IV. BESTEUERUNG DES VERMÖGENS

Artikel 21

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

KAPITEL V. METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Artikel 22

METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Turkmenistan besteuert werden, so rechnet Österreich
- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Turkmenistan gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Turkmenistan gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Turkmenistan besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Turkmenistan besteuert werden darf, entfällt.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Turkmenistan eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Turkmenistan besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung aus.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Turkmenistan:

- a) Bezieht eine in Turkmenistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Turkmenistan
- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Turkmenistan ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Turkmenistan auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

KAPITEL VI. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

- (6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

KAPITEL VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 27

INKRAFTTRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung auf:

- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern auf alle Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt werden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) hinsichtlich anderer Steuern auf Einkommen und Vermögen, die für Steuerzeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 28

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung in Bezug auf Einkommen, das in einem Steuerjahr entsteht, das am oder nach dem 1. Jänner des Jahres beginnt, das jenem Kalenderjahr unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt, und in Bezug auf Vermögen, das zum Ablauf jenes Steuerjahres gehalten wird, das jenem Kalenderjahr unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Mai 2015, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, turkmenischer, russischer, und englischer Sprache, wobei jeder der vier Texte gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Turkmenistans abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 25:

- (i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:
 - a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
 - b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
 - c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
 - d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;

- e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
 - f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.
- (ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 25 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen (“fishing expeditions”).
 - (iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf spontaner oder automatischer Basis auszutauschen.
 - (iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

2. Solange Turkmenistan gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen einen niedrigeren Satz für Lizenzgebührenezahlungen im Verhältnis zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anwendet, so gilt dieser niedrigere Satz (einschließlich eines Nullsatzes) ungeachtet der Bestimmungen des Art. 12 Abs. 2 auch für Zwecke dieses Vertrages. Diese Bestimmung findet nicht mehr Anwendung nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Doppelbesteuerungsabkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Mai 2015, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, turkmenischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder der

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2015

Ausgegeben am 10. Dezember 2015

Teil III

185. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Turkmenistans zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXV RV 773 AB 829 S. 98. BR: AB 9468 S. 846.)

185.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Turkmenistans zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

[Abkommen in deutscher Sprachfassung¹ siehe Anlagen]

[Abkommen in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Abkommen in turkmenischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Abkommen in russischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 25. November 2015 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 27 Abs. 2 mit 1. Februar 2016 in Kraft.

Faymann

¹ In der durch Schriftwechsel vom 25. September bzw. 27. Oktober 2015 fehlerbereinigten Fassung.

**CONVENTION BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND
THE GOVERNMENT OF TURKMENISTAN
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Government of Turkmenistan and the Government of the Republic of Austria,
desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes
on income and on capital,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. SCOPE OF THE CONVENTION

Article 1

PERSONS COVERED

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

TAXES COVERED

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its administrative-territorial subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i. the income tax (die Einkommensteuer);
- ii. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- iii. the land tax (die Grundsteuer);
- iv. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- v. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);
(hereinafter referred to as "Austrian tax")

b) in Turkmenistan:

- i. the tax on profits (income) of juridical persons;
- ii. the tax on income of individuals;
- iii. the tax on property;
(hereinafter referred to as "Turkmen tax").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

CHAPTER II. DEFINITIONS

Article 3

GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the term "Austria" means the Republic of Austria;
- b) the term "Turkmenistan" means the territory of Turkmenistan comprised within its land borders together with the maritime zones (including both marine and sub-marine zones) over which Turkmenistan exercises sovereign or jurisdictional rights under international law;
- c) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- d) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- e) the term "enterprise" applies to the carrying on of any business;
- f) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term "competent authority" means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in Turkmenistan: the Ministry of Finance and the Main State Tax Service or their authorised representatives;
- i) the term "national", in relation to a Contracting State, means:
 - (i) any individual possessing the nationality or citizenship of that Contracting State; and
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in that Contracting State;
- j) the term "business" includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the

Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any administrative-territorial subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;

- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of exploration, extraction and development of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries

on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

CHAPTER III. TAXATION OF INCOME

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

SHIPPING, INLAND WATERWAYS TRANSPORT AND AIR TRANSPORT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

- (2) a) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.
- b) If the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends, such dividends shall be taxable only in the Contracting State of which the beneficial owner of the dividends is a resident.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other state.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest referred to in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident if the beneficial owner of the interest is a resident of that State, and:

a) is that State or the central bank, an administrative-territorial subdivision or local authority thereof;

b) if the interest is paid by the State in which the interest arises or by an administrative-territorial subdivision, a local authority or statutory body thereof;

c) if the interest is paid in respect of a loan, debt-claim or credit that is owed to, or made, provided, guaranteed or insured by, that State or an administrative-territorial subdivision, local authority or export financing agency thereof.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from

bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection

with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares deriving more than 50 per cent of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(5) Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3 and 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INCOME FROM EMPLOYMENT

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, or aboard a boat engaged in inland waterways transport, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 15

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 17

PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 18

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or an administrative-territorial subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions and other similar remuneration paid by, or out of funds created by, a Contracting State or an administrative-territorial subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.
- b) However, such pensions and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
- (3) The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages, pensions, and other similar remuneration in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or an administrative-territorial subdivision, a local authority or a statutory body thereof.

Article 19

STUDENTS

- (1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.
- (2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

Article 20

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

CHAPTER IV. TAXATION OF CAPITAL

Article 21

CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

CHAPTER V. METHODS FOR ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Article 22

METHODS FOR ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In Austria:

a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Turkmenistan, Austria shall allow:

i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Turkmenistan;

ii) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Turkmenistan.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Turkmenistan.

b) Where a resident of Austria who is engaged in substantive active business operations in Turkmenistan, derives income which, in accordance with the provisions of Article 7, may be taxed in Turkmenistan, Austria shall, notwithstanding subparagraph a), exempt such income from tax.

c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(2) In Turkmenistan:

a) Where a resident of Turkmenistan derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Turkmenistan shall allow:

i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;

ii) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

b) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Turkmenistan is exempt from tax in Turkmenistan, Turkmenistan may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

CHAPTER VI. SPECIAL PROVISIONS

Article 23

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 24

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25

EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only insofar as this is necessary to safeguard predominantly legitimate interests of another person or predominantly public interests. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

3. In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of

paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 26

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

CHAPTER VII. FINAL PROVISIONS

Article 27

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect:

a) with respect to taxes withheld at source, - to amounts of income payable on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the Convention enters into force;

b) with respect to other taxes charged on income and on capital of taxable periods beginning on or after the first day of January of the year next following the year in which the Convention enters into force.

Article 28**TERMINATION**

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination at least six months before the end of any calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of income arising in any year of income beginning on or after the 1st January next following the calendar year in which the notice is given and in respect of capital which is held at the expiry of any year of income next following the calendar year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Vienna, this 12th day of May, 2015, in the German, Turkmen, Russian and English languages, all four texts being equally authentic. In case of divergence between the texts, the English text shall prevail.

For the Government
of the Republic of Austria

Michael Linhart m.p.

For the Government of Turkmenistan

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital, this day concluded between the Government of the Republic of Austria and the Government of Turkmenistan, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

1. With reference to Art. 25:

i. The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- (c) the tax purpose for which the information is sought;
- (d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
- (e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
- (f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

ii. It is understood that the exchange of information provided in Article 25 does not include measures which constitute "fishing expeditions".

iii. It is understood that paragraph 5 of Article 25 does not obligate the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.

iv. It is understood that – in addition to the above mentioned principles – for the interpretation of Article 25 the principles established in the OECD Commentaries shall be considered as well.

2. Notwithstanding the provisions of para. 2 of Art. 12, as long as according to a Double Taxation Convention, a lower rate for royalty payments is applied by Turkmenistan in relation to a Member State of the European Union, this lower rate (including a zero rate) will also apply for purposes of this treaty. This provision will cease to have effect after the end of 5 years after the entry into force of this Convention.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Vienna, this 12th day of May, 2015, in the German, Turkmen, Russian and English languages, all four texts being equally authentic. In case of divergence between the texts, the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria

Michael Linhart m.p.

For the Government of Turkmenistan

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

**КОНВЕНЦИЯ
МЕЖДУ ПРАВИТЕЛЬСТВОМ РЕСПУБЛИКИ АВСТРИЯ
И ПРАВИТЕЛЬСТВОМ ТУРКМЕНИСТАНА
ОБ УСТРАНЕНИИ ДВОЙНОГО НАЛОГООБЛОЖЕНИЯ
В ОТНОШЕНИИ НАЛОГОВ НА ДОХОДЫ И НА КАПИТАЛ**

Правительство Республики Австрия и Правительство Туркменистана,

желая заключить Конвенцию об устранении двойного налогообложения, в отношении налогов на доходы и на капитал, договорились о нижеследующем:

ГЛАВА I. СФЕРА ПРИМЕНЕНИЯ КОНВЕНЦИИ

Статья 1.

Лица, к которым применяется Конвенция

Настоящая Конвенция применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2.

Налоги, на которые распространяется действие Конвенции

1. Действие настоящей Конвенции распространяется на налоги на доходы и на капитал, взимаемые от имени Договаривающегося Государства, или его административно-территориальным образованием или органом местного самоуправления, независимо от способа их взимания.

2. Налогами на доходы и капитал считаются все налоги, взимаемые с общей суммы доходов, с общей суммы капитала или с отдельных элементов дохода или капитала, включая налоги на доходы от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги на общие суммы заработной платы или жалования, выплачиваемой предприятиями, а также налоги на прирост стоимости капитала.

3. Существующими налогами, к которым применяется настоящая Конвенция, в частности, являются:

а) в Австрии:

i. подоходный налог (die Einkommensteuer);

ii. корпорационный налог (die Körperschaftsteuer);

iii. налог на землю (die Grundsteuer);

iv. налог на сельское хозяйство и лесохозяйственные предприятия (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);

v. передача меновой стоимости земли при незастроенных земельных участках (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(в дальнейшем именуемые как «Австрийский налог»)

b) в Туркменистане:

i. налог на прибыль (доход) юридических лиц;

ii. налог на доходы физических лиц;

iii. налог на имущество;

(в дальнейшем именуемые как «Туркменский налог»)

4. Настоящая Конвенция применяется также к любым идентичным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после даты подписания настоящей Конвенции в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств уведомят друг друга о любых существенных изменениях в их налоговых законах.

ГЛАВА II. ОПРЕДЕЛЕНИЯ

Статья 3. Общие определения

1. Для целей настоящей Конвенции, если из контекста не вытекает иное:

a) термин «Австрия» означает Республику Австрии;

b) термин «Туркменистан» означает территорию Туркменистана включая в себя сухопутные границы вместе с морскими зонами (включая прибрежные и подводные зоны), над которой Туркменистан осуществляет свои суверенные или юрисдикционные права согласно международному праву;

c) термин «лицо» означает любое физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;

d) термин «компания» означает любое корпоративное объединение или любое образование, которое рассматривается как корпоративное объединение для целей налогообложения;

e) термин «предприятие» применяется к осуществлению любой предпринимательской деятельности;

f) термины «предприятие одного Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое резидентом одного Договаривающегося Государства, и предприятие, управляемое резидентом другого Договаривающегося Государства;

g) термин «международная перевозка» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием, место фактического управления которым находится в одном из Договаривающихся Государств, кроме случаев, когда такое морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно для перевозок между пунктами в другом Договаривающемся Государстве;

h) термин «компетентный орган» означает:

(i) в Австрии: Федеральное Министерство финансов или его уполномоченный представитель;

(ii) применительно к Туркменистану – Министерство финансов Туркменистана и Главную государственную налоговую службу Туркменистана или их уполномоченный представитель;

i) термин «национальное лицо» относительно Договаривающегося Государства, означает:

(i) любое физическое лицо, имеющее гражданство этого Договаривающегося Государства; и

(ii) любое юридическое лицо, товарищество или ассоциацию, получившие такой статус на основе законов, действующих в этом Договаривающемся Государстве.

j) термин «предпринимательская деятельность» включает в себя оказание профессиональных услуг и выполнение другой деятельности независимого характера.

2. При применении настоящей Конвенции в любое время Договаривающимся Государством любой термин, не определенный в ней, имеет, если из контекста не вытекает иное, то значение, которое придается ему законодательством этого государства в отношении налогов, к которым применяется настоящая Конвенция, при этом любое значение в соответствии с действующим налоговым законодательством этого Государства превалирует над значением, которое придается этому термину в соответствии с другими законами этого Государства.

Статья 4. Резидент

1. Для целей настоящей Конвенции термин «резидент Договаривающегося Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основании его местожительства, юридического адреса, постоянного местопребывания, места управления или любого другого критерия аналогичного характера, а также включает это Государство и любое его политическое подразделение или местный орган власти. Настоящий термин, однако, не включает лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов от источников в этом Государстве или в отношении находящегося в нем капитала.

2. Если в соответствии с положениями пункта 1 физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то его статус определяется следующим образом:

а) оно считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным и доступным для него жильем; если оно располагает постоянным и доступным для него жильем в обоих Государствах, то оно считается резидентом того Государства, в котором оно имеет более тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);

б) если Государство, в котором оно имеет центр жизненных интересов, не может быть определено, или если оно не располагает постоянным и доступным для него жильем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, где оно обычно проживает;

с) если оно обычно проживает в обоих Государствах или обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, национальным лицом которого оно является;

д) если оно является национальным лицом обоих Государств или не является национальным лицом ни одного из них, компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться решить этот вопрос по взаимному согласию.

3. Если в соответствии с положениями пункта 1 лицо, не являющееся физическим лицом, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом только того Государства, в котором расположено место его фактического управления.

Статья 5. Постоянное представительство

1. Для целей настоящей Конвенции термин «постоянное представительство» означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое полностью или частично осуществляется предпринимательская деятельность предприятия.

2. Термин «постоянное представительство», в частности, включает:

- a) место управления;
- b) отделение;
- c) контору;
- d) фабрику;
- e) мастерскую, и
- f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место, связанное с разведкой, добычей и разработкой природных ресурсов.

3. Строительная площадка или сборочный или монтажный объект образуют постоянное представительство, только если они существуют более 12 месяцев.

4. Независимо от предыдущих положений настоящей статьи, считается, что термин «постоянное представительство» не включает:

- a) использование сооружений исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки товаров или изделий, принадлежащих этому предприятию;
- b) содержание запасов товаров или изделий, принадлежащих этому предприятию, исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки;

c) содержание запаса товаров или изделий, принадлежащих этому предприятию, исключительно для целей переработки другим предприятием;

d) содержание постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей закупки товаров или изделий или для сбора информации для этого предприятия;

e) содержание постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей осуществления для этого предприятия любой другой деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

f) содержание постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для любой комбинации видов деятельности, упомянутых в подпунктах от (a) до (e), при условии, что совокупная деятельность постоянного места деятельности, возникающая в результате такой комбинации, имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Независимо от положений пунктов 1 и 2 если лицо — иное, чем агент с независимым статусом, к которому применяется пункт 6 — действует от имени предприятия и имеет и обычно использует в Договариваемом Государстве полномочия заключать контракты от имени этого предприятия, то считается, что это предприятие имеет постоянное представительство в этом Государстве в отношении любой деятельности, которую такое лицо осуществляет в пользу предприятия, если только деятельность такого лица не ограничена видами деятельности, упомянутыми в пункте 4, которые даже если и осуществляются через постоянное место предпринимательской деятельности, не превращают это постоянное место предпринимательской деятельности в постоянное представительство в соответствии с положениями настоящего пункта.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное представительство в Договариваемом государстве только потому, что оно осуществляет предпринимательскую деятельность в этом Государстве через брокера, комиссионера или любого другого агента с независимым статусом при условии, что эти лица действуют в рамках своей обычной предпринимательской деятельности.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом одного Договариваемого Государства, контролирует или

контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства, или которая осуществляет предпринимательскую деятельность в этом другом Государстве (либо через постоянное представительство, либо иным образом), сам по себе не означает, что одна из этих компаний становится постоянным представительством другой.

ГЛАВА III. НАЛОГООБЛОЖЕНИЕ ДОХОДА

Статья 6. Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доход от сельского или лесного хозяйства), находящегося в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое оно имеет в соответствии с законодательством Договаривающегося Государства, в котором находится рассматриваемое имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемое в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства в отношении земельной собственности, права, известные как узупфрукт недвижимого имущества, и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или права на разработку месторождений полезных ископаемых, источников и других природных ресурсов; морские, речные и воздушные суда не рассматриваются в качестве недвижимого имущества.

3. Положения пункта 1 применяются к доходам, получаемым от прямого использования, сдачи в аренду или использования в любой другой форме недвижимого имущества.

4. Положения пунктов 1 и 3 применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия.

Статья 7.

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия одного Договаривающегося Государства подлежит налогообложению только в этом Государстве, если только это предприятие не осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через находящееся там постоянное представительство. Если предприятие осуществляет предпринимательскую деятельность вышеупомянутым образом, то прибыль предприятия может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая относится к этому постоянному представительству.

2. С учетом положений пункта 3 в случае, если предприятие одного Договаривающегося Государства осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через находящееся там постоянное представительство, то в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному представительству относится прибыль, которую оно могло бы получить, если бы оно было обособленным и отдельным предприятием, занятым такой же или аналогичной деятельностью при таких же или аналогичных условиях, и действовало полностью независимо от предприятия, постоянным представительством которого оно является.

3. При определении прибыли постоянного представительства разрешаются вычеты расходов, понесенных для целей этого постоянного представительства, включая управленческие и общие административные расходы, понесенные таким образом, независимо от того, понесены ли эти расходы в Государстве, где находится постоянное представительство, или за его пределами.

4. Если в Договаривающемся Государстве определение прибыли, относящейся к постоянному представительству, на основе пропорционального распределения общей суммы прибыли предприятия между его различными подразделениями, является обычной практикой, то ничто в пункте 2 не запрещает этому Договаривающемся Государству определять налогооблагаемую прибыль посредством такого распределения, исходя из обычной

практики; выбранный метод распределения должен, однако, давать результаты, соответствующие принципам, содержащимся в этой статье.

5. Никакая прибыль не может быть отнесена к постоянному представительству на основании лишь закупки этим постоянным представительством товаров или изделий для предприятия.

6. Для целей предыдущих пунктов прибыль, относящаяся к постоянному представительству, определяется каждый год одним и тем же методом, если только не будет веской и достаточной причины для его изменения.

7. Если прибыль включает виды доходов, о которых говорится отдельно в других статьях настоящей Конвенции, то положения этих статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8.

Морские, внутренний водный транспорт и воздушные перевозки

1. Прибыль от эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках подлежит налогообложению только в том Договариваемом Государстве, в котором располагается место фактического управления предприятием.

2. Прибыль от эксплуатации судов в перевозках по внутренним водным путям подлежит налогообложению только в том Договариваемом Государстве, в котором располагается место фактического управления предприятием.

3. Если место фактического управления судоходным предприятием или предприятием, осуществляющим перевозки по внутренним водным путям, располагается на борту морского или речного судна, то считается, что оно располагается в том Договариваемом Государстве, в котором находится порт приписки морского или речного судна, а при отсутствии такого порта приписки — в том Договариваемом Государстве, резидентом которого является управляющий морским или речным судном.

4. Положения пункта 1 применяются также к прибыли от участия в пуле, совместном предприятии или в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9. Ассоциированные предприятия

1. Если:

а) предприятие одного Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства, или

б) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия одного Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в любом из названных случаев между двумя предприятиями в их коммерческих или финансовых отношениях создаются или устанавливаются условия; отличные от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, тогда любая прибыль, которая могла бы быть начислена одному из предприятий, но из-за наличия этих условий не была ему начислена; может быть включена в прибыль этого предприятия и, соответственно, обложена налогом.

2. Если Договаривающееся Государство включает в прибыль предприятия этого Государства — и, соответственно, облагает налогом — прибыль, в отношении которой предприятие другого Договаривающегося Государства было подвергнуто налогообложению в этом другом Государстве, и включенная таким образом прибыль является прибылью, которая была бы начислена предприятию первого упомянутого Государства, если бы условия, установленные между этими двумя предприятиями, были бы такими же, как между независимыми предприятиями, тогда это другое Государство произведет соответствующую корректировку суммы исчисленного в нем налога на эту прибыль. При определении такой корректировки должным образом учитываются другие положения настоящей Конвенции, а компетентные органы Договаривающихся Государств проводят, если необходимо, консультации друг с другом.

Статья 10. Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, которая является резидентом одного Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. а) Однако такие дивиденды могут также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, и в соответствии с законодательством этого Государства; но если выгодоприобретатель дивидендов является резидентом другого Договаривающегося Государства, налог, взимаемый таким образом, не должен превышать 15 процентов от общей суммы дивидендов.

б) Если выгодориобретателем является компания (кроме товарищества), которая непосредственно владеет не менее 25 процентов капитала компании, выплачивающей дивиденды, то такие дивиденды должны облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором выгодоприобретатель дивидендов является резидентом.

Этот пункт не затрагивает налогообложение компании, в отношении прибыли, из которой выплачиваются дивиденды.

3. Термин «дивиденды» при использовании в настоящей статье означает доход от акций, «jouissance» акций или «jouissance» прав (распоряжения акциями или правами на них), акций горнодобывающих компаний, учредительских акций и других прав, не являющихся долговыми требованиями, но дающими право на участие в прибыли, а также доход, который подлежит такому же налогообложению, как и доход от акций в соответствии с законодательством того Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если выгодоприобретатель дивидендов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом

Договариваемом Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное там постоянное представительство, и участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, в действительности связано с таким постоянным представительством. В таком случае применяются положения статьи 7.

5. Если компания, которая является резидентом одного Договариваемого Государства, получает прибыль или доход из другого Договариваемого Государства; то это другое Государство не может взимать никакие налоги с дивидендов; выплачиваемых этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, в действительности связано с постоянным представительством, расположенным в этом другом Государстве; так же как взимать с нераспределенной прибыли компании налоги на нераспределенную прибыль компании, даже если выплачиваемые дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из прибыли или дохода, возникающих в этом другом Государстве.

Статья 11. Проценты

1. Проценты, возникающие в одном Договариваемом Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Однако такие проценты могут также облагаться налогом в том Договариваемом Государстве, в котором они возникают, в соответствии с законодательством этого Государства, но если выгодоприобретатель таких процентов является резидентом другого Договариваемого Государства; налог, взимаемый таким образом, не должен превышать 10 процентов от общей суммы процентов. Компетентные органы Договаривающихся Государств по обоюдному согласию установят способ применения этого ограничения.

3. Несмотря на положения пункта 2, проценты, упомянутые в пункте 1, будут облагаться налогом только в Договариваемом

Государстве, в котором получатель является резидентом, если фактический владелец процентов, является резидентом того Государства, и:

а) является это Государство или Центральный банк, политическое подразделение или его местные органы власти;

б) если процент уплачен Государством, в котором он возникает или его политическом подразделении, местном органе власти или утвержденном законом органе;

с) если процент уплачен в отношении ссуды, долговое требование или кредит, которому должны, или осуществлен, в случае гарантии или страховки этого Государство или его политического подразделения, местного органа власти или экспортного агентства финансировавшего её.

4. Термин «проценты» при использовании, вне зависимости от ипотечного обеспечения и вне зависимости от наличия права на участие в доходах должника, и, в частности, доход от государственных ценных бумаг, облигаций или долговых обязательств, включая премии и выигрыши по таким ценным бумагам, облигациям или долговым обязательствам. Штрафы за просрочку платежей не рассматриваются в качестве процентов для целей настоящей статьи.

5. Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если выгодоприобретатель процентов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают проценты, через находящееся в нем постоянное представительство, и долговое требование, на основании которого выплачиваются проценты, в действительности связано с таким постоянным представительством. В таком случае применяются положения статьи 7.

6. Считается, что проценты возникают в Договаривающемся Государстве, если их плательщиком является резидент этого Государства. Если, однако, лицо, выплачивающее проценты, независимо от того, является ли оно резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство, в связи с которым возникла задолженность, по которой были начислены выплачиваемые проценты, и расходы по их выплате несет такое постоянное представительство, то считается, что такие

проценты возникают в том Государстве, в котором находится постоянное представительство.

7. Если по причине особых отношений между плательщиком и выгодоприобретателем процентов, или между ними обоими и каким-либо другим лицом, сумма процентов, относящаяся к долговому требованию, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и выгодоприобретателем процентов при отсутствии таких отношений, положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная часть платежей по-прежнему подлежит налогообложению в соответствии с законодательством каждого Договаривающегося Государства, с учетом других положений настоящей Конвенции.

Статья 12.

Доходы от авторских прав и лицензий

1. Доходы от авторских прав и лицензий, возникающие в одном Договаривающемся Государстве и выгодоприобретателем которых является резидент другого Договаривающегося Государства, будут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

2. Однако такие доходы от авторских прав и лицензий могут также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникают, в соответствии с законодательством этого Государства, но если выгодоприобретатель таких доходов от авторских прав и лицензий является резидентом другого Договаривающегося Государства; налог, взимаемый таким образом, не должен превышать 10 процентов от общей суммы доходов от авторских прав и лицензий. Компетентные органы Договаривающихся Государств по обоюдному согласию установят способ применения этого ограничения.

3. Термин «доходы от авторских прав и лицензий» при использовании в настоящей статье означает платежи любого вида, получаемые в качестве вознаграждения за пользование или за право пользования авторскими правами на любое произведение литературы, искусства или науки, включая кинофильмы, любыми патентами, торговыми знаками, дизайном или моделями, схемами, секретными формулами или процессами, а также вознаграждение

за пользование информацией, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта.

4. Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если выгодоприобретатель доходов от авторских прав и лицензий, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают доходы от авторских прав и лицензий, через находящееся в нем постоянное представительство, и право или имущество, в отношении которых выплачиваются доходы от авторских прав и лицензий, в действительности связаны с таким постоянным представительством. В таком случае применяются положения статьи 7.

5. Доходы от авторских прав и лицензий считаются возникающими в Договаривающемся Государстве, когда плательщик является резидентом этого Государства. Если же, лицо, выплачивающее доходы от авторских прав и лицензий, независимо от того, является ли оно резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство, в связи с которыми возникла задолженность, по которой выплачиваются доходы от авторских прав и лицензий, и расходы по выплате этих доходов от авторских прав и лицензий несет такое постоянное представительство, то считается, что доходы от авторских прав и лицензий возникают в Государстве, в котором находится постоянное представительство.

6. Если по причине особых отношений между плательщиком и выгодоприобретателем доходов от авторских прав и лицензий, или между ними обоими и каким-либо другим лицом, сумма доходов от авторских прав и лицензий, относящаяся к пользованию, праву или информации, за которые они выплачиваются, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и выгодоприобретателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная часть платежей по-прежнему подлежит налогообложению в соответствии с законодательством каждого Договаривающегося Государства, с учетом других положений настоящей Конвенции.

Статья 13. Прирост капитала

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, поименованного в статье 6 и находящегося в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Доходы, получаемые от отчуждения движимого имущества, составляющего часть коммерческого имущества постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, включая такие доходы от отчуждения такого постоянного представительства (отдельно или вместе со всем предприятием), могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Доходы от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, судов, эксплуатируемых в перевозках по внутренним водным путям, или движимого имущества, связанного с эксплуатацией таких морских, воздушных или речных судов, подлежат налогообложению только в том Договаривающемся Государстве, в котором располагается место фактического управления этим предприятием.

4. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от отчуждения акций, стоимость которых более чем на 50 процентов прямо или косвенно связана с недвижимым имуществом, расположенным в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

5. Доходы от отчуждения любого имущества, иного, чем поименовано в пунктах 1, 2, 3 и 4, подлежат налогообложению только в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее имущество.

Статья 14. Доходы от работы по найму

1. С учетом положений статей 15, 17, 18 and 19 заработная плата и другое подобное вознаграждение, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, подлежат налогообложению только в этом Государстве, если только работа по найму не осуществляется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа по найму осуществляется, таким образом, то полученное в связи с этим вознаграждение может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Независимо от положений пункта 1 вознаграждение, получаемое резидентом одного Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, облагается налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

а) получатель находится в другом Государстве в течение периода или периодов, не превышающих в совокупности 183 дней в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и

б) вознаграждение выплачивается нанимателем или от имени нанимателя, который не является резидентом другого Государства; и

с) расходы по выплате вознаграждения не несет постоянное представительство, которое наниматель имеет в другом Государстве.

3. Независимо от предыдущих положений настоящей статьи, вознаграждение, получаемое в связи с работой по найму, осуществляемой на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международных перевозках, или судна, эксплуатируемого в перевозках по внутренним водным путям, может облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором располагается место фактического управления этим предприятием.

Статья 15. Гонорары директоров

Гонорары директоров и другие подобные выплаты, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве члена Совета директоров компании, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

Статья 16. Артисты и спортсмены

1. Независимо от положений статей 7 и 14, доход, получаемый резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве работника искусства, такого, как артист театра, кино, радио или телевидения или музыкант, или в качестве спортсмена, от его личной деятельности, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Если доход от личной деятельности, осуществляемой работником искусства или спортсменом в этом своем качестве, начисляется не самому работнику искусства или спортсмену, а другому лицу, этот доход может, независимо от положений статей 7 и 14, облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором осуществляется деятельность работника искусства или спортсмена.

Статья 17. Пенсии

С учетом положений пункта 2 статьи 18, пенсии и другое подобное вознаграждение, выплачиваемые резиденту Договаривающегося Государства в связи с работой по найму в прошлом, подлежат налогообложению только в этом Государстве.

Статья 18.

Доходы от государственной службы

1. а) Заработная плата и другое подобное вознаграждение кроме пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или его административно-территориальным подразделениям, органом местного самоуправления или утвержденным законом органа, осуществляемого для этого Государства, образования или органа, подлежат налогообложению только в этом Государстве.

б) Однако, такие заработная плата и другое подобное вознаграждение подлежат налогообложению только в другом Договаривающемся Государстве, если служба осуществляется в этом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства, который:

(i) является национальным лицом этого Государства; или

(ii) не стал резидентом этого Государства исключительно с целью осуществления службы.

2. а) Независимо от положений пункта 1, пенсии и другое подобное вознаграждение, выплачиваемые Договаривающимся Государством, его административно-территориальным образованием, органом местного самоуправления или утвержденного законом органа, или из созданных ими фондов, физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства, образования или органа, подлежат налогообложению только в этом Государстве.

б) Однако, такие пенсии и другое подобное вознаграждение подлежат налогообложению только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого Государства.

3. Положения статей 14, 15, 16 и 17 применяются к заработной плате, пенсиям и другому подобному вознаграждению за службу, осуществленную в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства, его административно-территориального образования, местного органа власти или утвержденный законом орган.

Статья 19. Студенты

1. Выплаты, которые студент или стажер, являющийся или непосредственно перед приездом в одно Договаривающееся Государство являвшийся резидентом другого Договаривающегося Государства и находящийся в первом упомянутом Государстве исключительно с целью обучения или прохождения практики, получает для целей своего содержания, обучения или прохождения практики, не облагаются налогами в этом Государстве, при условии, что такие выплаты возникают из источников за пределами этого Государства.

2. Вознаграждение, которые студент или стажер, который является или был прежде резидентом Договаривающегося Государства, получает от занятости, которую он осуществляет в другом Договаривающемся Государстве в течение периода или периодов, не превышающих в совокупности 183 дня в рассматриваемом фискальном году, не будет облагаться налогом в том другом Государстве, если занятость будет непосредственно связана с его исследованиями или стажировкой, осуществляемая в первом упомянутом Государстве.

Статья 20. Другие доходы

1. Виды доходов резидента одного Договаривающегося Государства, независимо от источника их возникновения, не рассмотренные в предыдущих статьях настоящей Конвенции, подлежат налогообложению только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, определенного в пункте 2 статьи 6, если получатель таких доходов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через находящееся там постоянное представительство, и право или имущество, в отношении которых выплачивается доход, в действительности связаны с таким постоянным представительством. В таком случае применяются положения статьи 7.

ГЛАВА IV. НАЛОГООБЛОЖЕНИЕ КАПИТАЛА

Статья 21. Капитал

1. Капитал, представленный недвижимым имуществом, упомянутым в статье 6, принадлежащий резиденту одного Договаривающегося Государства и находящийся в другом Договаривающемся Государстве; может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Капитал, представленный движимым имуществом, составляющим часть коммерческого имущества постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Капитал, представленный морскими и воздушными судами, эксплуатируемыми в международных перевозках, или судами, эксплуатируемыми в перевозках по внутренним водным путям, а также движимым имуществом, связанным с эксплуатацией таких морских, воздушных и речных судов, подлежит налогообложению только в том Договаривающемся Государстве, в котором располагается место фактического управления этим предприятием.

4. Все другие элементы капитала резидента Договаривающегося Государства подлежат налогообложению только в этом Государстве.

ГЛАВА V. МЕТОДЫ УСТРАНЕНИЯ ДВОЙНОГО НАЛОГООБЛОЖЕНИЯ

Статья 22. Методы устранения двойного налогообложения.

Двойное налогообложение должно быть устранено следующим образом:

1. В Австрии:

а) Если резидент Австрии получает доход или владеет капиталом, которые, согласно положениям этой Конвенции, могут облагаться налогом в Туркменистане, Австрия разрешает:

i) вычет из налога на доход такого резидента сумму, равной налогу, уплаченной в Туркменистане;

ii) вычет из налога на капитал такого резидента сумму, равной налогу, уплаченной в Туркменистане;

В любом случае такой вычет, однако, не будет превышать ту часть такого налога на доход или на капитал, исчисленного до предоставления вычета, которая относится, в зависимости от обстоятельств, к доходам или к капиталу, которые могут облагаться налогами в Туркменистане.

б) Если резидент Австрии, которая занимается самостоятельной активной предпринимательской деятельностью, получает доход, которая в соответствии с положениями Статьи 7 могут облагаться налогами в Туркменистане, то, несмотря на подпункт а), Австрия освобождает такой доход от налогообложения.

с) Если в соответствии с любым положением настоящей Конвенции доход, получаемый резидентом Австрии, или капитал, которым он владеет, освобождены от налогообложения в Австрии, Австрия может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остающийся доход или капитал такого резидента принять в расчет освобожденные от налогообложения доход или капитал.

2. В Туркменистане:

а) Если резидент Туркменистана получает доход или владеет капиталом, которые в соответствии с положениями настоящей Конвенции могут облагаться налогами в Австрии, Туркменистан разрешает:

i) вычет из налога на доход такого резидента суммы, равной налогу, уплаченной в Австрии;

ii) вычет из налога на капитал такого резидента суммы, равной налогу, уплаченному в Австрии.

В любом случае такой вычет, однако, не будет превышать ту часть такого налога на доход или на капитал, исчисленного до предоставления вычета, которая относится, в зависимости от обстоятельств, к доходам или к капиталу, которые могут облагаться налогами в Австрии.

b) Если в соответствии с любым положением настоящей Конвенции доход, получаемый резидентом Туркменистана, или капитал, которым он владеет, освобождены от налогообложения в Туркменистане, Туркменистан может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остающийся доход или капитал такого резидента принять в расчет освобожденные от налогообложения доход или капитал.

ГЛАВА VI. ОСОБЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 23. Не дискриминация

1. Национальные лица одного Договаривающегося Государства не должны подвергаться в другом Договаривающемся Государстве любому налогообложению или любому связанному с ним требованию, иному или более обременительному, чем налогообложение и связанные с ним требования, которым подвергаются или могут быть подвергнуты национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резиденции. Данное положение, независимо от положений статьи 1, также применяется к лицам, которые не являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

2. Лица без гражданства, которые являются резидентами одного Договаривающегося Государства, не должны подвергаться ни в одном из Договаривающихся Государств любому налогообложению или любому связанному с ним требованию, иному или более обременительному, чем налогообложение и связанные с ним требования, которым подвергаются или могут быть подвергнуты национальные лица заинтересованного Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резиденции.

3. Налогообложение постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, не должно быть менее благоприятным в этом другом Государстве, чем налогообложение

предприятий этого другого Государства, осуществляющих такую же деятельность. Настоящее положение не должно толковаться как обязывающее одно Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства какие-либо личные налоговые льготы, скидки и вычеты для целей налогообложения на основе их гражданского статуса или семейного положения, которые оно предоставляет своим резидентам.

4. За исключением случаев, когда применяются положения пункта 1 статьи 9, пункта 6 статьи 11 или пункта 4 статьи 12, проценты, роялти и другие выплаты, производимые предприятием одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, для целей определения налогооблагаемой прибыли такого предприятия подлежат вычетам на тех же условиях, как если бы они выплачивались резиденту первого упомянутого Государства. Подобным же образом любые долги предприятия одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства для целей определения налогооблагаемого капитала такого предприятия подлежат вычетам на тех же условиях, что и долги резидента первого упомянутого Государства.

5. Предприятия одного Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично принадлежит или контролируется, прямо или косвенно, одним или несколькими резидентами другого Договаривающегося Государства, не должны подвергаться в первом упомянутом Государстве любому налогообложению или любому связанному с ним требованию, иному или более обременительному, чем налогообложение и связанные с ним требования, которым подвергаются или могут быть подвергнуты другие подобные предприятия первого упомянутого Государства.

6. Положения настоящей статьи применяются, независимо от положений статьи 2, к налогам любого вида и описания.

Статья 24.

Взаимосогласительная процедура

1. Если лицо считает, что действия одного или обоих Договаривающихся Государств приводят или приведут к его

налогообложению не в соответствии с положениями настоящей Конвенции, оно может независимо от средств защиты, предусмотренных внутренним законодательством этих Государств, представить заявление компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, или, если его дело подпадает под положения пункта 1 статьи 23, того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действиях, приводящих к налогообложению не в соответствии с положениями настоящей Конвенции.

2. Компетентный орган будет стремиться, если он сочтет заявление обоснованным и если он сам не сможет прийти к удовлетворительному решению, разрешить дело по взаимному согласию с компетентным органом другого Договаривающегося Государства с целью устранения налогообложения, не соответствующего настоящей Конвенции. Любое достигнутое соглашение будет исполнено независимо от каких-либо временных ограничений, существующих во внутреннем законодательстве Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться разрешать по взаимному согласию любые трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении Конвенции. Они могут также консультироваться друг с другом с целью устранения двойного налогообложения в случаях, не предусмотренных настоящей Конвенцией.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств могут вступать в прямые контакты друг с другом, в том числе через совместную комиссию, состоящую из них самих или их представителей, для цели достижения согласия в смысле предыдущих пунктов.

Статья 25. Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются такой информацией, которая предсказуемо существенна для выполнения положений настоящей Конвенции или администрирования или применения внутреннего

законодательства, касающегося налогов любого вида и описания, взимаемых от имени Договаривающихся Государств, или их политико-территориальным образованием или органом местного самоуправления, в той степени, в которой такое налогообложение не противоречит настоящей Конвенции. Обмен информацией не ограничивается статьей 1 и 2.

2. Любая информация, полученная одним из Договаривающихся Государств в соответствии с пунктом 1, считается настолько же конфиденциальной, насколько и информация, полученная в соответствии с внутренним законодательством этого Государства, и сообщается только лицам или органам (включая суды и административные органы), занятым как оценкой или сбором, принудительным взысканием или судебным преследованием или рассмотрением апелляций в отношении налогов, упомянутых в пункте 1, так и надзором за всем вышеуказанным. Такие лица или органы должны использовать эту информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать эту информацию в ходе открытого судебного заседания или в судебных решениях. Даже в таких случаях, конфиденциальность, связанная с лицом передачи данных, можно отклонить только, поскольку это является необходимым, чтобы сохранять законные интересы другого лица или преобладающем случае общественные интересы. Несмотря на предшествующее, информация, полученная Договаривающимся Государством, может использоваться в других целях, когда такая информация может использоваться в таких других целях согласно законодательства обеих Государств, и компетентный орган Государства предоставившая такую информацию, разрешает их использование.

3. Ни в каком случае положения пункта 1 и 2 не будут толковаться как налагающие на Договаривающееся Государство обязательство:

а) проводить административные мероприятия, противоречащие законодательству и административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;

б) предоставлять информацию, которую нельзя получить по законодательству или в ходе обычного администрирования этого или другого Договаривающегося Государства;

с) предоставлять информацию, которая раскрывала бы торговую, предпринимательскую, промышленную, коммерческую или профессиональную тайну или торговый процесс, или информацию, раскрытие которой противоречило бы государственной политике (*ordre public*) или к основным правам, предоставленные Государством, в особенности в области защиты данных.

4. Если информация запрошена одним Договаривающимся Государством в соответствии с настоящей статьей, другое Договаривающееся Государство должно использовать свои мероприятия по сбору информации для получения запрошенной информации, даже если такая информация не требуется этому другому Государству для собственных налоговых целей. Обязательство, содержащееся в предыдущем предложении, ограничено положениями пункта 3, но ни в каком случае такие ограничения не могут быть истолкованы как разрешающие Договаривающемуся Государству отказаться от предоставления информации исключительно по причине отсутствия внутренней заинтересованности в ней.

5. Ни в каком случае положения пункта 3 не будут толковаться, как разрешающие Договаривающемуся Государству отказать в предоставлении информации исключительно по причине того, что обладателем информации является банк, другое финансовое учреждение, номинальный держатель или лицо, выступающее агентом или поверенным, или по причине того, что информация относится к правам собственности лица.

Статья 26.

Сотрудники дипломатических миссий и консульских учреждений

Никакие положения настоящей Конвенции не затрагивают налоговых привилегий сотрудников дипломатических миссий и консульских учреждений, предоставленными общими нормами международного права или положениями специальных соглашений.

ГЛАВА VII. ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 27.

Вступление в силу

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации, и обмен ратификационными грамотами будет произведен в кратчайшие сроки.

2. Настоящая Конвенция вступит в силу в первый день третьего месяца, в котором произойдет обмен ратификационными грамотами, и её положения будут применяться:

а) в отношении налогов, взимаемых у источника - к суммам доходов, выплачиваемым на или после первого января календарного года, следующего за годом вступления в силу Конвенции;

б) в отношении других налогов на доходы и на капитал - к таким налогам, подлежащим к уплате за любой налоговый год, начинающийся на или после первого января календарного года, следующего за годом вступления в силу Конвенции.

Статья 28.

Прекращение действия

Настоящая Конвенция остается в силе до тех пор, пока одно из Договаривающихся Государств не денонсирует его. Каждое из Договаривающихся Государств может денонсировать Конвенцию, путем передачи через дипломатические каналы письменного уведомления о его денонсации не позднее, чем за шесть месяцев до окончания любого календарного года, следующего после пятилетнего периода с даты вступления в силу Конвенции. В таком случае Конвенция прекращает свое действие в отношении дохода, возникающего в любом году когда он получен, начинающемся 1 января или после 1 января года, следующего за календарным годом, в котором передано уведомление о денонсации, и в отношении капитала, который является собственностью до окончания любого доходного года, следующего за календарным годом, в котором передано уведомление о денонсации.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, соответствующим образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

Совершено в двух экземплярах в городе Вена 12 мая 2015 года, на немецком, туркменском, русском и английском языках, причем все четыре текста имеют одинаковую силу. В случае расхождения между любыми текстами рабочим текстом является английский язык.

**За Правительство
Республики Австрия**

Michael Linhart m.p.

**За Правительство
Туркменистана**

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

ПРОТОКОЛ

В момент подписания Конвенции в отношении налогов на доходы и на капитал, в этот день заключенной между Правительством Республики Австрия и Правительством Туркменистана, нижеподписавшиеся согласились, что следующие условия должны сформировать неотъемлемую часть Конвенции.

1. В отношении Статьи 25:

i. Компетентный орган Государства заявителя должна предоставить следующую информацию в компетентный орган запрашивающего Государства, производя запрос о предоставлении информации согласно Конвенции, продемонстрировав обозримую релевантность информации к запросу:

- a) личность лица при экспертизе или исследовании;
- b) утверждение информации, включая ее возникновение и форму, в которой Государство участник желает получить информацию от запрашиваемого Государства;
- c) информацию, которую она запрашивает, будет использована для налоговых целей;
- d) основание для того, что запрашиваемая информация, проведена в запрашиваемом государстве или находится в юрисдикции или управлении лица в пределах полномочий запрашивающего Государства;
- e) наименование и адрес любого доверенного лица, который владеет запрашиваемой информацией;
- f) утверждение, что Государство, которому сделан запрос, использовала все средства, доступные на её собственной территории, для получения информации, кроме тех, которые на своем пути имеют непропорциональные трудности.

ii. Подразумевается, что обмен информацией, указанная в Статье 25, не включают меры, которые основываются на “рыбачьих экспедициях” (на проведение до судебных мероприятий).

iii. Подразумевается, что пункт 5 Статьи 25 не обязывает Договаривающиеся Государства обмениваться информацией на непосредственной или автоматической базе.

iv. Подразумевается, что - в дополнение к вышеупомянутым принципам - для интерпретации Статьи 25 принципы установленные в Комментариях ОЕСД, будет рассмотрен также.

2. Несмотря на положения пункта 2 Статьи 12, до тех пор, как в соответствии Конвенции двойного налогообложения, низкая ставка на выплаты роялти применяемые Туркменистаном в отношении государства-члена Евросоюза, данная низкая ставка (включая нулевую ставку) также может применяться для целей настоящего договора. Однако данное положение потеряет силу с окончанием пяти лет после вступления в силу настоящей Конвенции.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, соответствующим образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

Совершено в двух экземплярах в городе Вена 12 мая 2015 года, на немецком, туркменском, русском и английском языках, причем все четыре текста имеют одинаковую силу. В случае расхождения между любыми текстами рабочим текстом является английский язык.

**За Правительство
Республики Австрия**

Michael Linhart m.p.

**За Правительство
Туркменистана**

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

**GIRDEJILER WE MAÝA ÜÇIN SALGYTLAR BABATDA IKI
GEZEK SALGYT SALYNMAGYNY ARADAN AÝYRMAK
HAKYND AAWSTRIÝA RESPUBLIKASYNYŇ HÖKÜMETI
BILEN TÜRKMENISTANYŇ HÖKÜMETINIŇ ARASYNDA
KONWENSIÝA**

Awstriýa Respublikasynyň Hökümeti we Türkmenistanyň Hökümeti,

girdejiler we maýa üçin salgytlar babatda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak hakynda Konwensiýa baglaşmak isläp, şu aşakdakylar barada ylalaşdylar:

1-NJI BÖLÜM KONWENSIÝANYŇ YLANYŞ ÇYGRY

1-nji madda

Konwensiýa özleri barada ulanylýan taraplar

Şu Konwensiýa Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da ikisiniň-de dahyllsý bolup durýan taraplar barada ulanylýar.

2-nji madda

Konwensiýanyň täsir edýän salgytlary

1. Şu Konwensiýanyň täsiri Ylalaşýan Döwletiň ýa-da onuň dolandyryş-çäk birlikleri ýa-da ýerli öz-özüni dolandyryş edaralary tarapyndan girdejiler we maýa üçin salgytlaryň alynýan usulyna garamazdan, şol salgytlara täsir edýär.

2. Girdejileriň umumy möçberinden, maýanyň umumy möçberinden ýa-da girdejileriň ýa maýanyň aýry-aýry böleklerinden alynýan ähli salgytlar, şol sanda, gozgalýan ýa-da gozgalmaýan emlägi aýrybaşgalamakdan alynýan girdejiler üçin salgytlar, kärhanalar tarapyndan tölenilýän zähmet hakynyň ýa hak-heşdegiň umumy jeminden alynýan salgytlar, şeýle hem maýanyň bahasynyň artyşyndan alynýan salgytlar girdeji we maýa üçin salgytlar hasaplanylýar.

3. Özi üçin şu Konwensiýa ulanylýan bar bolan salgytlar, hususan-da:

a) Awstriýada:

i. girdeji salgydy (die Einkommensteuer);

ii. korparasion salgyt (die Körperschaftsteuer);

iii. ýer üçin salgyt (die Grundsteuer);

iv. oba hojalygy we tokaý hojalygynyň kärhanalary üçin salgyt (die Abgabe von land-und forstwirtschaftlichen Betrieben);

v. gurulmadyk ýer bölekleriniň ýanynda ýeriň alyş-çalyş bahasyny bermek (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(mundan beýläk – «Awstriýanyň salgydy» hökmünde atlandyrylýar) bolup durýar.

b) Türkmenistanda:

- i. edara görnüşindäki taraplaryň peýdasy (girdejisi) üçin salgyt;
- ii. şahsy taraplaryň girdejileri üçin salgyt;
- iii. emläk üçin salgyt;

(mundan beýläk – «Türkmenistanyň salgydy» hökmünde atlandyrylýar);

4. Şeýle hem, şu Konwensiýa oňa gol çekilen seneden soň, häzirki salgytlara goşmaça ýa-da olaryň ýerine alynjak islendik birmeňzeş ýa-da barabar salgytlar babatda ulanylýar. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary özleriniň degişli salgyt kanunlaryna girizilen islendik düýpli üýtgetmeler barada bir-birine habar bererler.

2-NJI BÖLÜM KESGITLEMELER

3-nji madda Umumy kesgitlemeler

1. Eger-de ýazgydan başga many gelip çykmaýan bolsa, şu Konwensiýanyň maksatlary üçin:

- a) «Awstriýa» adalgasy Awstriýa Respublikasyny aňladýar;
- b) «Türkmenistan» adalgasy halkara hukugyna laýyklykda Türkmenistanyň özygtyýarly ýa-da ýurisdiksiýa hukuklaryny amala aşyrýan deňiz zolaklary (şol sanda kenarýaka we suwasty zolaklary) bilen bilelikde ýeriniň araçäklerini öz içine alýan çäklerini aňladýar;
- ç) «tarap» adalgasy islendik şahsy tarapy, kompaniýany we taraplaryň islendik beýleki birleşigini aňladýar;
- d) «kompaniýa» adalgasy islendik korporatiw birleşmäni ýa-da salgyt salmak maksatlary üçin korporatiw birleşme hökmünde garalýan islendik beýleki guramany aňladýar;
- e) «kärhana» adalgasy islendik telekeçilik işini amala aşyrmak üçin ulanylýar;
- f) «Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasy» we «Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň kärhanasy» diýen adalgalar degişlilikde Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy tarapyndan dolandyrylýan kärhanany we Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysy tarapyndan dolandyrylýan kärhanany aňladýar;

g) «halkara gatnatmasy» adalgasy hakyky dolandyryş ýeri Ylalaşýan Döwletleriň birinde ýerleşýän kärhana tarapyndan ulanylýan deňiz ýa-da howa gämisiniň amala aşyrylan islendik gatnatmasyny aňladýar, şeýle deňiz ýa-da howa gämisiniň diňe Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde ýerleşýän ýerleriň arasynda gatnatmak üçin ulanylýan halatlary muňa girmeýär;

h) «ygtyýarly edara» adalgasy:

(i) Awstriýada – Federal Maliýe ministrligini ýa-da onuň ygtyýarly edilen wekilini aňladýar;

(ii) Türkmenistanda – Türkmenistanyň Maliýe ministrligini we Türkmenistanyň Baş döwlet salgyt gullugyny ýa-da olaryň ygtyýarly edilen wekilini;

i) «milli tarap» adalgasy Ylalaşýan Döwletler babatda:

(i) şu Ylalaşýan Döwletiň raýatlygyna eýe bolan islendik şahsy tarapy;

(ii) şeýle derejeli hukuk ýagdaýyny şol Ylalaşýan Döwletde hereket edýän kanunlar esasynda alan islendik edara görnüşindäki tarapy, şereketi ýa-da assosiasiýany aňladýar;

j) «telekeçilik işi» adalgasy hünär hyzmatlaryny etmegi we garaşsyz häsiýetli beýleki işleri ýerine ýetirmegi öz içine alýar.

2. Eger ýazgydan başgaça many gelip çykmaýan bolsa, onda Ylalaşýan Döwletiň şu Konwensiýany islendik pursatda ulanan mahaly Konwensiýada kesgitlemesi berilmedik islendik adalga şol Döwletiň Konwensiýa degişli bolan salgytlar babatdaky kanunçylygynda şol pursatda oňa berilýän manysyna eýe bolýar, şunda şol Döwletiň hereket edýän salgyt kanunçylygyna laýyklykda islendik many şol adalga babatda şol Döwletiň beýleki kanunlaryna laýyklykda berilýän manydan ileri tutulýar.

4-nji madda **Dahyllysy**

1. Şu Konwensiýanyň maksatlary üçin «Ylalaşýan Döwletiň biriniň dahyllysy» adalgasy şol Döwletiň kanunçylygy boýunça ýaşayan ýeri, hukuk salgysy, hemişelik bolýan ýeri, dolandyrylan ýeri ýa-da başga bir şuna meňzeş islendik beýleki görkeziji esasynda şol Döwletde salgyt salynmaga degişli islendik tarapy aňladýar, şeýle hem şol Döwleti we onuň islendik syýasy birligini ýa-da ýerli

häkimiýet edarasyny öz içine alýar. Ýöne bu adalga diňe şol Döwletdäki çeşmeden alynýan girdejiler babatda ýa-da onda ýerleşýän maýa babatda şol Döwletde salgyt salynmaga degişli tarapy öz içine almaýar.

2. Eger şahsy tarap 1-nji bölümiň düzgünlerine laýyklykda Ylalaşýan Döwletleriň ikisiniň-de dahyllysy bolup durýan bolsa, onuň hukuk ýagdaýy aşakda görkezilişi ýaly kesgitlenýär:

a) ol diňe hemişelik we elýeterli ýaşaýyş jaýy ýerleşýän Döwletiň dahyllysy hasaplanýar; eger-de onuň Döwletleriň ikisinde-de hemişelik we elýeterli ýaşaýyş jaýy bar bolsa, onda ol haýsy Döwletde has ysnyşykly şahsy we ykdysady aragatnaşyklary (durmuş bähbitleriniň merkezi) bar bolsa, şol Döwletiň dahyllysy hasaplanýar;

b) eger onuň durmuş bähbitleriniň merkezi bar bolan Döwleti kesgitlenip bilinmejek bolsa ýa-da Döwletleriň hiç birinde hemişelik we elýeterli ýaşaýyş jaýy bolmasa, ol diňe adaty ýaşaýan Döwletiniň dahyllysy hasaplanýar;

ç) eger ol adaty Döwletleriň ikisinde-de ýaşaýan bolsa ýa-da adaty olaryň hiç birinde-de ýaşamaýan bolsa, ol diňe haýsy Döwletiň milli tarapy bolup durýan bolsa, diňe şol Döwletiň dahyllysy hasaplanýar;

d) eger ol Döwletleriň ikisiniň-de milli tarapy bolup durýan bolsa ýa-da olaryň hiç biriniň-de milli tarapy bolmasa, onda Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary bu meseläni özara ylalaşmak boýunça çözmäge çalşarlar.

3. Eger şahsy tarap bolup durmaýan tarap 1-nji bölümiň düzgünlerine laýyklykda Ylalaşýan Döwletleriň ikisiniň-de dahyllysy bolup durýan bolsa, onda ol diňe özüniň hakyky dolandyryş ýeriniň ýerleşýän Döwletiniň dahyllysy hasaplanýar.

5-nji madda **Hemişelik wekilçilik**

1. Şu Konwensiýanyň maksatlary üçin «hemişelik wekilçilik» adalgasy kärhananyň telekeçilik işini doly ýa-da bölekleyin amala aşyran hemişelik ýerini aňladýar.

2. «Hemişelik wekilçilik» adalgasy, hususan-da şulary öz içine alýar:

a) dolandyryş ýerini;

- b) bölümi;
- ç) edarany;
- d) fabriği;
- e) ussahanany, we

ä) şahtany, nebit ýa-da gaz guýusyny, karýeri ýa-da tebigy baýlyklary gözlemek, çykarmak we işläp geçmek bilen bagly başga bir islendik ýeri.

3. Gurluşyk meýdançasy ýa-da ýygnaýyş ýa-da gurnama desga eger diňe on iki aýdan uzak bolan halatda, hemişelik wekilçiligi emele getirýär.

4. Şu maddanyň ýokardaky düzgünlerine garamazdan, «hemişelik wekilçilik» adalgasy şulary öz içine almaýar:

a) desgalaryň şu kärhana degişli harytlary ýa-da önümleri diňe saklamak, görkezmek ýa-da ibermek maksatlary üçin ulanylmagyny;

b) kärhana degişli harytlaryň ýa-da önümleriň gorlarynyň diňe saklamak, görkezmek ýa-da ibermek maksatlary üçin saklanylmagyny;

ç) şu kärhana degişli harytlaryň ýa-da önümleriň gorlarynyň diňe başga bir kärhana tarapyndan gaýtadan işlemek maksatlary üçin saklanylmagyny;

d) hemişelik telekeçilik iş ýeriniň diňe harytlary ýa-da önümleri satyn almak maksatlary üçin ýa-da şu kärhana maglumatlary toplamak üçin saklanylmagyny;

e) hemişelik telekeçilik iş ýeriniň diňe şu kärhana üçin taýýarlyk görüji ýa-da kömekçi häsiýetli başga bir islendik işi amala aşyrmak maksady bilen saklanylmagyny;

ä) hemişelik telekeçilik iş ýeriniň diňe işiň a)-dan – e) çenli kiçi bölümlerde görkezilen görnüşlerini islendik usulda utgaşdyrmak üçin saklanylmagyny, hemişelik iş ýeriniň şeýle utgaşdyrma netijesinde ýüze çykýan jemi işi taýýarlyk görüji ýa-da kömekçi häsiýetli bolan şertinde.

5. 1-nji we 2-nji bölümleriň düzgünlerine garamazdan, eger-de 6-njy bölümde gürrüňi edilýän garaşsyz derejeli ýumuşçydan başga bir tarap Ylalaşýan Döwletde kärhanasynyň adyndan hereket edýän we şol kärhananyň adyndan şertnamalary baglaşmaga ygtyýarlyklary bar bolsa we adatça olary peýdalanýan bolsa, onda şol kärhana şol

tarapyň kärhananyň peýdasy üçin edýän islendik işi babatda şol Döwletde hemişelik wekilçiligi bar kärhana diýlip hasap edilýär; şol tarapyň 4-nji bölümde görkezilýän bilen çäklenmeýän işiniň görnüşleri hemişelik telekeçilik iş ýeriniň üsti bilen şu bölümiň düzgünlerine laýyklykda amala aşyrylýan bolsa-da, munuň özi hemişelik telekeçilik iş ýerini hemişelik wekilçilige öwürmeýär.

6. Eger kärhana Ylalaşýan Döwletde telekeçilik işini diňe araçynyň, dellalyň ýa-da garaşsyz hukuk ýagdaýly başga bir islendik ýumuşçynyň üsti bilen amala aşyrylan bolsa, şol taraplaryň öz adaty telekeçilik işiniň çäklerinde hereket edýän şertlerinde kärhana şol Döwletde hemişelik wekilçiligi bar hökmünde seredilmeýär.

7. Bir Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolan kompaniýanyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysy bolan kompaniýa gözegçilik edýän ýa-da ol tarapyndan gözegçilik edilýän bolsa ýa-da şol beýleki Döwletde telekeçilik işini (ýa hemişelik wekilçiligiň üsti bilen ýa-da başga bir usulda) amala aşyrylan bolsa, bu ýagdaýyň özi şol kompaniýalaryň biriniň beýleki kompaniýanyň hemişelik wekilçiligine öwürilmegini aňlatmaýar.

3-NJI BÖLÜM GIRDEÝJILERE SALGYT SALYNMAGY

6-njy madda Gozgalmaýan emläkden girdejiler

1. Bir Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän gozgalmaýan emläkden (şol sanda oba we tokaý hojalygyndan) alýan girdejilerine şol beýleki Döwletde salgytlar salnyp bilner.

2. «Gozgalmaýan emläk» adalgasy garalýan emlägiň ýerleşýän ýeri bolan Ylalaşýan Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda onuň bar bolan manysyna eýe bolýar. Bu adalga islendik halatda gozgalmaýan emläk babatdaky kömekçi emlägi, oba we tokaý hojalygynda ulanylýan mallary we enjamlary, özi barada ýer eýeçiligi babatdaky kanunçylygyň düzgünleri ulanylýan hukuklary, gozgalmaýan emlägiň uzufrukty hökmünde belli bolan hukuklary hem-de gazylyp alynýan peýdaly baýlyklaryň, çeşmeleriň we beýleki tebigy serişdeleriň ýataklaryny işläp geçmek üçin öwezini dolma hökmünde tölenýän üýtgeýän we kesgitli tölegler üçin hukuklary ýa-da gazylyp alynýan

peýdaly baýlyklaryň, çeşmeleriň we beýleki tebigy serişdeleriň ýataklaryny işläp geçmek üçin hukugy öz içine alýar; deňiz we howa gämilerine gozgalmaýan emläk hökmünde garalmaýar.

3. 1-nji bölümiň düzgünleri gozgalmaýan emlägi göni peýdalanmaktan, kärendä bermekden ýa-da başga bir islendik görnüşde peýdalanmaktan alynýan girdejiler babatda ulanylýar.

4. 1-nji we 3-nji bölümiň düzgünleri kärhananyň gozgalmaýan emläginden alynýan girdejiler babatda hem ulanylýar.

7-nji madda

Telekeçilik işinden alynýan peýda

1. Eger Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen şol ýerde telekeçilik işini amala aşyрмаýan bolsa, onda onuň peýdasyna diňe şol birinji Döwletde salgyt salynýar. Eger kärhana telekeçilik işini ýokarda agzalan görnüşde amala aşyrýan bolsa, onda beýleki Döwletde onuň peýdasynyň diňe şol hemişelik wekilçilige degişli bölegine salgyt salnyp bilner.

2. 3-nji bölümiň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrýan bolsa, onda şol wekilçiligiň hut şonuň ýaly ýa-da barabar şertlerde hut şonuň ýaly ýa barabar iş bilen meşgullanýan aýrybaşgalanan we aýratyn kärhana bolan hem-de özi hemişelik wekilçiligi bolan kärhanadan doly garaşsyz hereket edende alyp biljek peýdasy Ylalaşýan Döwletleriň her birinde şol hemişelik wekilçilige degişlidir.

3. Hemişelik wekilçiligiň peýdasynyň möçberi kesgitlenende, şeýle hemişelik wekilçiligiň maksatlary üçin çeken çykdaýylarynyň, şol sanda dolandyryş we umumy dolandyryş çykdaýylarynyň hemişelik wekilçiligiň ýerleşýän ýeri bolan Döwletde ýa-da onuň çäklerinden daşarda çekilendigine garamazdan, şol çykdaýylaryň kemeldilmegine rugsat berilýär.

4. Eger Ylalaşýan Döwletde hemişelik wekilçilige degişli peýdany kärhananyň peýdasynyň umumy möçberini onuň dürli düzüm birlikleriniň arasynda barabarlykda paýlamak esasynda kesgitlemek adaty tejribe bolsa, onda 2-nji bölümde hiç bir zat bu Ylalaşýan Döwlete salgyt salynmaga degişli peýdany adaty tejribede kabul

edilen paýlamak usuly arkaly kesgitlemegi gadagan etmeýär; ýöne paýlamagyň saýlanyp alnan usuly şu maddada bar bolan ýörelgelere laýyk gelýän netijeleri bermelidir.

5. Hiç bir peýda diňe şol hemişelik wekilçiligiň kärhana üçin harytlary ýa önümleri satyn almagy esasynda şu hemişelik wekilçilige degişli edilip bilinmez.

6. Eger üýtgetmek üçin degerli we ýeterlik sebäpler bolmasa, ýokardaky bölümleriň maksatlary üçin, hemişelik wekilçilige degişli peýda her ýyl şol bir usul arkaly kesgitlenýär.

7. Eger peýda şu Konwensiýanyň beýleki maddalarynda aýratyn gürrüňi edilýän girdejileriň görnüşlerini öz içine alýan bolsa, onda şol maddalaryň düzgünlerine şu maddanyň düzgünleri täsir etmeýär.

8-nji madda

Deňiz, içerki suw ulagy we howa arkaly gatnatmalar

1. Deňiz ýa-da howa gämilerini halkara gatnawynda ulanmakdan alynýan peýda diňe kärhananyň hakyky dolandyryş edarasy ýerleşýän Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

2. Gämileri içerki suw ýollarynda ulanmakdan alnan peýda diňe kärhananyň hakyky dolandyrylýan ýeri ýerleşýän Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

3. Eger deňiz gämi gatnaw kärhanasynyň hakyky dolandyrylýan ýeri deňiz ýa-da derýa gämisinde ýerleşýän bolsa, onda ol deňiz ýa-da derýa gämisiniň ýazylan porty ýerleşýän Ylalaşýan Döwletde, şeýle ýazylan port ýok ýagdaýynda bolsa – deňiz ýa-da derýa gämisini dolandyryjy öz dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletde ýerleşýär diýlip hasaplanýar.

4. 1-nji bölümiň düzgünleri ulag serişdelerini ulanmak boýunça pul-a, bilelikdäki kärhana ýa-da halkara guramasyna gatnaşmakdan alynýan peýda babatda hem ulanylýar.

9-njy madda

Şarikli kärhanalar

1. Eger-de:

a) Bir Ylalaşýan Döwletiň kärhanasy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň kärhanasyny dolandyrmaga, oňa gözegçilik etmäge ýa-da onuň maýasyna göni ýa keseden gatnaşýan bolsa, ýa-da

b) şol bir taraplar Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasyny we Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň kärhanasyny dolandyrmaga, oňa gözegçilik etmäge ýa-da onuň maýasyna göni ýa keseden gatnaşýan bolsa,

we agzalan islendik halatlarda iki kärhananyň arasynda olaryň özara täjirçilik ýa-da maliýe gatnaşyklarynda iki garaşsyz kärhananyň arasynda bolmalydan tapawutlanýan şertler döredilýän ýa bellenilýän bolsa, onda olaryň biriniň adyna geçirilip bilinjek, ýöne şol şertleriň tapawutlylygy sebäpli geçirilmedik peýda şol kärhananyň peýdasyna goşulyp we degişlilikde oňa salgyt salnyp bilner.

2. Ylalaşýan Döwletleriň biri Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň kärhanasyna şol beýleki Döwletde salgyt salnan peýdasyny birinji Döwletiň peýdasyna goşanda we degişlilikde salgyt salanda we şeýlelikde goşulan peýda iki kärhananyň arasyndaky gatnaşyklar iki garaşsyz kärhananyň arasyndaky ýaly bolan şertde, birinji agzalan Döwletiň kärhanasynyň adyna hasaplanylýan peýda bolup durýan halatda şol beýleki Döwlet şol peýda üçin özünde hasaplanylýan salgyt babatda degişli düzedişi giriziler. Şeýle düzediş kesgitlenende, şu Konwensiýanyň beýleki düzgünleri bolmalysy ýaly hasaba alynýar, Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary bolsa, eger zerur bolanda, bir-biri bilen geňeşmeleri geçirýärler.

10-njy madda

Diwidendler

1. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy bolan kompaniýanyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysyna töleýän diwidendlerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. a) ýöne şeýle diwidendlere olary töleýän kompaniýa öz dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletde we onuň kanunçylygyna laýyklykda salgytlar salnyp bilner; emma diwidendleriň peýda alyjysy beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan bolsa, şeýle usulda alynýan salgyt diwidendleriň umumy möçberiniň 15 göteriminden geçmeli däldir.

b) Eger diwidendleri töleýän kompaniýanyň maýasynyň azyndan 25 göterimine göni eýelik edýän kompaniýa (ýöne şereket bolmadyk) peýda alýan bolsa, onda diwidendlere diňe peýda alyjy dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmalydyr;

Bu bölüm kompaniýa ujundan diwidendler tölenilýän peýda babatda salgyt salynmagyna täsir etmeýär.

3. «Diwidendler» adalgasy şu maddada ulanylanda paýnamalardan, «jouissance» paýnamalaryndan ýa-da «jouissance» hukuklaryndan (paýnamalara ýa-da olar üçin hukuklara ygtyýar etmek), dag magdan kompaniýalarynyň paýnamalaryndan, dörediş paýnamalaryndan we bergi talapnamalary bolup durmaýan, emma peýda gatnaşmaga hukuk berýän beýleki hukuklardan alynýan girdejini, şeýle hem peýdany paýlaýan kompaniýa öz dahyllysy bolan Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda, salgyt babatda paýnamalardan alynýan girdeji ýaly salgyt salynmaga degişli girdejini aňladýar.

4. Eger diwidendlerden peýda alyjy bir Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolmak bilen, diwidendleri töleýän kompaniýa öz dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrýan bolsa we diwidendleri tölemek babatdaky gatnaşygy şol hemişelik wekilçilik bilen hakykatdan hem bagly bolsa, şu maddanyň 1-nji we 2-nji bölümleri ulanylmaýar. Şeýle halatda 7-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

5. Eger Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy bolup durýan kompaniýa Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinden peýda ýa-da girdeji alýan bolsa, onda şol beýleki Döwlet şol kompaniýanyň töleýän diwidendlerinden hiç bir salgyt alyp bilmez, şol diwidendler şol beýleki Döwletiň dahyllysyna tölenilýän ýa-da diwidendleri tölemek üçin esas bolýan gatnaşyk hakykatdan-da şol beýleki Döwletde ýerleşýän hemişelik wekilçilik bilen bagly bolsa hem-de kompaniýanyň paýlanylmadyk peýdasyna salgyt salnyp bilinmeýän bolsa, hatda tölenýän diwidendler ýa-da paýlanylmadyk peýda şol beýleki Döwletde emele gelýän peýdadan ýa-da girdejiden dolulygyna ýa-da bölekleýin ybarat bolsa, bu kada ulanylmaýar.

11-nji madda

Göterimler

1. Ylalaşýan Döwletleriň birinde emele gelýän we Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysyna tölenilýän göterimlere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. Emma, şeýle göterimlere olaryň emele gelýän Ylalaşýan Döwletinde hem şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salyp

bilner, ýöne eger-de şu göterimlerden peýda alyjy beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan bolsa, şeýle usulda alynýan salgyt göterimleriň jemi möçberiniň 10 göteriminden köp bolmaly däldir. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu çäklendirmäni ulanmagyň usulyny özara ylalaşmak boýunça bellär.

3. 2-nji bölümiň düzgünlerine garamazdan, 1-nji bölümde agzalan göterimlere, eger göterimleriň hakyky eýesi Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan bolsa, we

a) bu Döwlet ýa-da Merkezi bank, syýasy birlik ýa-da onuň ýerli häkimiýet edaralary bolup durýan bolsa;

b) eger göterim onuň dörän Döwleti ýa-da onuň syýasy birliги, ýerli häkimiýet edarasy ýa-da kanun arkaly tassyklanan edarasy tarapyndan tölenen bolsa;

ç) eger göterim şol Döwlet ýa-da onuň syýasy birliги, ýerli häkimiýet edarasy ýa-da ony maliýeleşdiren eksport agentliги kepillendiren ýa-da ätiýaçlandyrylan halatda karz serişdeleri, bergi talaplary ýa-da karz babatda tölenmeli ýa-da tölenen bolsa, diňe alyjy dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletde salgyt salnar.

4. «Göterimler» adalgasy ulanylan mahaly ipoteka üpjünçiligine we bergidaryň girdejilerine gatnaşmak üçin hukugynyň barlygyna garamazdan, islendik görnüşdäki bergi talaplaryndan girdejini we, hususan-da, gymmatly hökümet kagyzlaryndan we obligasiýalaryndan ýa-da bergi borçnamalaryndan girdejileri, şol sanda şol gymmatly kagyrlar we borçnamalar ýa-da bergi borçnamalary boýunça baýraklary we utuşlary aňladýar. Wagty geçirilen tölegler üçin jerimelere şu maddanyň maksatlary üçin göterimler hökmünde garalmaýar.

5. Eger göterimlerden peýda alyjy Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy bolmak bilen, göterimler emele gelýän Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrylan bolsa hem-de göterimleriň tölenilmegine esas bolýan bergi talaby şeýle hemişelik wekilçilik bilen hakykatda hem bagly bolsa, 1-nji we 2-nji bölümleriň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle halatda 7-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

6. Eger göterimleri töleýji Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolsa, göterimler şol Ylalaşýan Döwletde emele gelýär diýlip hasaplanýar. Emma, eger göterimleri töleýji tarapyň Ylalaşýan Döwletiň

dahyllsdygyna ýa-da dældigine garamazdan, Ylalaşýan Döwletde onuň göterimleriň tölenilmeği bilen bagly hemişelik wekilçiligi bar bolsa we şol göterimleri tölemek boýunça çykdaýylary şeýle hemişelik wekilçilik çekýän bolsa, onda şeýle göterimler hemişelik wekilçilik ýerleşýän Döwletde emele gelýär diýlip hasaplanýar.

7. Eger göterimleriň töleýjisiniň we peýda alyjysynyň arasyndaky ýa-da olaryň ikisiniň we haýsydyr bir beýleki tarapyň arasyndaky aýratyn gatnaşyklar sebäpli göterimleriň tölenilmegine esas bolan bergi talabyna degişli göterimleriň jemi göterimleriň töleýjisiniň we peýda alyjysynyň arasynda şeýle gatnaşyklar ýok mahaly ylalaşylyp bilinjek möçberden köp bolsa, onda şu maddanyň düzgünleri diňe soňky agzalan möçber babatda ulanylýar. Şeýle halatda tölegiň artýan bölegi şu Konwensiýanyň beýleki düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletleriň her biriniň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salynmaga öňküsi ýaly degişlidir.

12-nji madda

Awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejiler

1. Ylalaşýan Döwletleriň birinde emele gelýän we peýda alyjy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllsdy bolsa, tölenilýän awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejlere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. Emma şonuň ýaly awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejlere olaryň emele gelýän Ylalaşýan Döwletinde şol Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda hem salgyt salnyp bilner, ýöne awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan şeýle girdejilerden peýda alyjy beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllsdy bolup durýan bolsa, şeýle halatda alynýan salgyt awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileriň jemi möçberiniň 10 göteriminden köp bolmaly dældir. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu çäklendirmäni ulanmagyň usulyny özara ylalaşmak boýunça bellärler.

3. «Awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejiler» adalgasy şu maddada ulanylan halatda islendik edebiýat, sungat ýa-da ylmy eserler, şol sanda kinofilmler, islendik patentler, söwda belgileri, dizaýn ýa-da modeller, çyzgylyr, gizlin kesgitlemeler ýa-da amallar ulgamlary üçin awtorlyk hukuklarynyň peýdalanylmagy ýa-da

peýdalanmaga hukuk üçin hak-heşdek hökmünde alynýan islendik görnüşdäki tölegleri, şeýle hem senagat, täjirçilik ýa ylmy tejribä degişli maglumatlaryň peýdalanylandygy üçin hak-heşdek hökmünde alynýan islendik görnüşdäki tölegleri aňladýar.

4. Eger awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileriň peýda alyjysy Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy bolmak bilen, awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejiler emele gelýän Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyryan bolsa we awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan tölenýän girdeji babatdaky hukuk ýa emläk şol hemişelik wekilçilik bilen hakykatda hem bagly bolsa, 1-nji we 2-nji bölümleriň düzgünleri ulanylmaýar. Şeýle halatda 7-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

5. Awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileri töleýji Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolanda, olar şol Döwletde emele gelen diýlip hasaplanýar. Eger awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileri töleýän tarapyň Ylalaşýan Döwletiň dahyllysydygyna ýa-da dældigine garamazdan, onuň Ylalaşýan Döwletde awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejiler tölenilýän berginiň emele gelmegi bilen bagly hemişelik wekilçiligi bar bolsa we şol awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileri tölemek üçin çykdaýlary şeýle hemişelik wekilçilik çekýän bolsa, onda awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejiler hemişelik wekilçilik ýerleşýän Döwletde emele gelýär diýlip hasaplanýar.

6. Eger awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileriň töleýjisiniň we peýda alyjysynyň arasyndaky ýa-da olaryň ikisiniň we haýsydyr bir beýleki tarapyň arasyndaky aýratyn gatnaşyklar sebäpli awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan tölenilmegine esas bolan peýdalanmaga hukuga ýa-da maglumata degişli awtorlyk hukuklaryndan we ygtyýarnamalardan girdejileriň jemi möçberi töleýjiniň we peýda alyjynyň arasynda şeýle gatnaşyklar ýok mahaly ylalaşyp bilinjek möçberden köp bolsa, onda şu maddanyň düzgünleri diňe soňky agzalan möçber babatda ulanylýar. Şeýle halatda tölegiň artýan bölegi şu Konwensiýanyň beýleki düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletleriň her biriniň kanunçylygyna laýyklykda salgyt salynmaga öňküsi ýaly degişlidir.

13-nji madda

Maýanyň artyşy

1. Bir Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň 6-njy maddada kesgitlemesi berlen we Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde ýerleşýän gozgalmaýan emlägi aýrybaşgalamakdan alýan girdejilerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde bar bolan hemişelik wekilçiliginiň täjirçilik emläginiň düzümine girýän gozgalýan emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejiere, şol sanda şeýle hemişelik wekilçiligiň (aýratynlykda ýa-da tutuş kärhana bilen bilelikde) aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejiere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

3. Halkara gatnawlarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämileriniň, içerki suw ýollary boýunça gatnawlarda ulanylýan gämileriň ýa-da şeýle deňiz, howa ýa-da derýa gämileriniň ulanylmagy bilen baglanyşykly gozgalýan emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejieler diňe bu kärhananyň hakyky dolandyrylýan ýeri ýerleşýän Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

4 Bir Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň beýleki Ylalaşýan Döwletde ýerleşýän, bahasynyň 50 göterimden hem köpüsi gozgalmaýan emläk bilen gönüden-göni ýa-da gytaklaýyn bagly paýnamalarynyň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejiere şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

5. 1, 2, 3 we 4-nji bölümlerde atlandyrylandan başga islendik emlägiň aýrybaşgalanmagyndan alynýan girdejieler diňe emlägi aýrybaşgalaýan tarap dahyllysy bolan Ylalaşýan Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

14-nji madda

Hakynatutma işden alynýan girdejieler

1. 15, 17, 18 we 19-njy maddalaryň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysynyň hakynatutma iş bilen bagly alýan zähmet haky we şunuň ýaly beýleki tölegleri diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir, hakynatutma işiň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde amala aşyrylýan halatlary muňa girmeýär.

Eger hakynatutma boýunça iş şeýle görnüşde amala aşyrylýan bolsa, onda şunuň bilen bagly alnan tölege şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. 1-nji bölümiň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde hakynatutma boýunça amala aşyrylýan iş bilen bagly alýan tölegine diňe birinji agzalan Döwletde salgyt salynýar, eger:

a) alyjy degişli salgyt ýylynda başlanýan we tamamlanýan islendik on iki aýyň dowamynda jemi alnanda 183 günden geçmeýän döwrüň ýa-da döwürleriň dowamynda beýleki Döwletde bolan ýagdaýynda, we

b) töleg şol beýleki Döwletiň dahyllysy bolmadyk hakyna tutujy tarapyndan ýa-da onuň adyndan tölenilýän bolsa, we

ç) tölegleri tölemek boýunça çykdaýylary hakyna tutujynyň şol beýleki Döwletdäki hemişelik wekilçiligi çekmeýän bolsa.

3. Şu maddanyň ýokardaky düzgünlerine garamazdan, halkara gatnawlarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämisinde ýa-da içerki suw ýollary boýunça ulanylýan gämide hakynatutma boýunça amala aşyrylýan iş bilen bagly alnýan tölege bu kärhananyň hakyky dolandyrylýan ýeri ýerleşýän Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner.

15-nji madda

Direktorlaryň gonorarlary

Direktorlaryň gonorarlaryna we Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysy bolan kompaniýanyň direktorlar geňeşiniň agzasy hökmünde alýan şonuň ýaly töleglerine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

16-njy madda

Artistler we türgenler

1. 7-nji we 14-nji maddalaryň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysynyň teatryň, kinonyň, radionyň ýa-da telewideniýäniň artisti ýa-da sazanda ýaly sungat işgäri hökmünde ýa-da türgen hökmünde Ylalaşýan Döwletleriň

beýlekisinde amala aşyryan öz şahsy işinden alýan girdejisine şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. Eger sungat işgäriniň ýa-da türgeniň amala aşyryan şahsy işinden girdeji sungat işgäriniň ýa-da türgeniň öz adyna däl-de, başga bir tarapyň adyna hasaplanyp ýazylýan bolsa, onda 7-nji we 14-nji maddalaryň düzgünlerine garamazdan, şol girdejä sungat işgäriniň ýa-da türgeniň işi amala aşyrylýan Ylalaşýan Döwletde salgyt salnyp bilner.

17-nji madda

Pensiýalar

18-nji maddanyň 2-nji bölüminiň düzgünlerini nazara almak bilen, Ylalaşýan Döwletiň dahyllysyna öňki hakynatutma iş bilen bagly tölenilýän pensiýalar we şunuň ýaly beýleki tölegler diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

18-nji madda

Döwlet gullugyndan girdejiler

1. a) Ylalaşýan Döwlet ýa-da onuň dolandyryş-çäk birligi, ýerli öz-özünü dolandyryş edarasy ýa-da kanun arkaly tassyklanýan edarasy tarapyndan şol Döwlete, onuň birligine ýa bolmasa edarasyna amala aşyrylan iş üçin pensiýadan başga tölenýän zähmet haky we başga bir şunuň ýaly tölegi diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir;

b) emma şeýle zähmet haky we beýleki şunuň ýaly tölegler diňe Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde salgyt salynmaga degişlidir, munuň üçin gulluk şol Döwletde edilmeli we şahsy tarap şol Döwletiň dahyllysy bolmaly, ol:

(i) şol Döwletiň milli tarapy bolmaly, ýa-da

(ii) diňe gulluk etmek maksady bilen, şol Döwletiň dahyllysy bolmadyk bolmaly.

2. a) 1-nji bölümiň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwlet, onuň dolandyryş-çäk birligi, ýerli öz-özünü dolandyryş edarasy ýa-da kanun arkaly döredilen edarasy ýa olaryň döreden gaznalary tarapyndan şahsy tarapa şol Döwlete, onuň birligine ýa bolmasa edarasyna eden gullugy üçin tölenilýän pensiýa we beýleki şunuň ýaly tölegler diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

b) Emma şahsy tarap Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysy ýa-da milli tarapy bolsa, şeýle pensiýa we beýleki şunuň ýaly tölegler diňe şol beýleki Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

3. 14, 15, 16 we 17-nji maddalaryň düzgünleri Ylalaşýan Döwletiň, onuň dolandyryş-çäk birliginiň, ýerli häkimiýet edarasynyň ýa-da kanun arkaly tassyklanан edarasynyň telekeçilik işi bilen bagly amala aşyran gullugy üçin zähmet haky, pensiýalar we beýleki şunuň ýaly tölegler babatda ulanylýar.

19-njy madda

Talyplar

1. Ylalaşýan Döwletleriň birine gelmeginden öň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysy bolan we birinji agzalan Döwletde diňe okamak ýa-da tejribe geçmek maksady bilen bolýan talyp ýa-da tejribe toplaýjy tarapyndan öz ýaşamagy, okamagy ýa-da tejribe geçmek maksatlary üçin alýan tölegleri şol Döwletiň çäkleriniň daşyndaky çeşmelerden döreyän bolsa, şeýle töleglere salgyt salynmaýar.

2. Ylalaşýan Döwletiň dahyllysy bolup durýan ýa-da ozal bolan talybyň ýa-da tejribe toplaýjynyň garalýan fiskal ýylynda beýleki Ylalaşýan Döwletde jemi 183 günden geçmeýän döwrüň ýa-da döwürleriň dowamynda amala aşyran işinden alýan hak-heşdegine, eger iş birinji ýatlanan Döwletde onuň amala aşyran barlaglary ýa-da tejribe toplamagy bilen gönüden-göni bagly bolsa, şol beýleki Döwletde salgyt salynmaz.

20-nji madda

Beýleki girdejiler

1. Ylalaşýan Döwletiň biriniň dahyllysynyň girdejileriniň şu Konwensiýanyň ýokardaky maddalarynda görkezilmedik görnüşleri, dörän çeşmesine garamazdan, diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

2. Eger 6-njy maddanyň 2-nji bölümünde kesgitlemesi berlen gozgalmaýan emläkden alynýan girdejileriň alyjysy Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysy bolmak bilen, Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde telekeçilik işini şol ýerde ýerleşýän hemişelik wekilçiligiň üsti bilen amala aşyrylan bolsa we özi babatda girdeji tölenýän hukuk ýa-da emläk şeýle hemişelik wekilçilik bilen

hakykatdan-da bagly bolsa, onda 1-nji bölümiň düzgünleri 6-njy maddanyň 2-nji bölümünde kesgitlenmesi berlen gozgalmaýan emläkden alynýandan başga girdejiler babatda ulanylmaýar. Şeýle halatda 7-nji maddanyň düzgünleri ulanylýar.

4-nji BÖLÜM MAÝA BABATDA SALGYT SALYNMAGY

21-nji madda Maýa

1. 6-njy maddada ýatlanan, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllysyna degişli bolup durýan we Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde ýerleşýän gozgalmaýan emläk görnüşindäki maýa şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

2. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde bar bolan hemişelik wekilçiliginiň täjirçilik emläginiň bir bölegi bolan gozgalýan emläk görnüşindäki maýa şol beýleki Döwletde salgyt salnyp bilner.

3. Halkara gatnawlarynda ulanylýan deňiz ýa-da howa gämileri ýa-da içerki suw ýollary boýunça ulanylýan gämiler görnüşindäki, şeýle hem şeýle deňiz, howa we derýa gämilerini ulanmak bilen baglanyşykly gozgalýan emläk görnüşindäki maýa diňe bu kärhananyň hakyky dolandyrylýan ýeri ýerleşýän şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

4. Ylalaşýan Döwletiň dahyllysynyň maýasynyň ähli beýleki bölekleri diňe şol Döwletde salgyt salynmaga degişlidir.

5-nji BÖLÜM IKI GEZEK SALGYT SALMAGY ARADAN AÝYRMAGYŇ USULLARY

22-nji madda

Iki gezek salgyt salmagy aradan aýyrmagyň usullary

Iki gezek salgyt salmak şu ýagdaýda aradan aýrylmalydyr:

1. Awstriýada:

a) eger Awstriýanyň dahyllysynyň alýan girdejisine ýa-da eýelik

edýän maýasyna şu Konwensiýanyň düzgünlerine laýyklykda Türkmenistanda salgyt salnyp bilinjek bolsa, onda Awstriýa:

i) şeýle dahyllynyň Türkmenistanda töläň salgydyna barabar möçberini girdeji üçin salgydyndan kemeltmäge rugsat berýär;

ii) şeýle dahyllynyň Türkmenistanda töläň salgydyna barabar möçberini maýa üçin salgydyndan kemeltmäge rugsat berýär.

Kemeldilýän şeýle möçberler ýagdaýa baglylykda islendik halatda girdeji üçin ýa-da maýa üçin salgydyň kemeldilmegine rugsat bermeginden öň hasaplanan, Türkmenistanda salgyt salnyp bilinjek girdejä ýa-da maýa degişli böleginden köp bolmaz.

b) Eger özbaşdak işeň telekeçilik işi bilen meşgullanýan Awstriýanyň dahyllysynyň alýan girdejisine 7-nji maddanyň düzgünlerine laýyklykda Türkmenistanda salgyt salnyp bilinjek bolsa, onda a) kiçi bölümüne garamazdan, Awstriýa şeýle girdejini salgyt salmakdan boşadýar.

ç) Eger Awstriýanyň dahyllysynyň şu Konwensiýasynyň islendik düzgünine laýyklykda alýan girdejisi ýa-da eýelik edýän maýasy Awstriýada salgytdan boşadylýan bolsa, onda Awstriýa muňa garamazdan, bu dahyllynyň girdejisiniň ýa-da maýasynyň galan bölegine salgydyň möçberini hasaplananda, onuň salgytdan boşadylan girdejisini ýa-da maýasyny hasaba alyp biler.

2. Türkmenistanda:

a) eger Türkmenistanyň dahyllysynyň alýan girdejisine ýa-da eýelik edýän maýasyna Awstriýada şu Konwensiýanyň düzgünlerine laýyklykda salgyt salnyp bilinjek bolsa, onda Türkmenistan:

i) şeýle dahyllynyň Awstriýada töläň salgydyna barabar möçberini girdeji üçin salgydyndan kemeltmäge rugsat berýär;

ii) şeýle dahyllynyň Awstriýada töläň salgydyna barabar möçberini maýa üçin salgydyndan kemeltmäge rugsat berýär.

Kemeldilýän şeýle möçberler ýagdaýa baglylykda islendik halatda girdeji üçin ýa-da maýa üçin salgydyň kemeldilmegine rugsat bermeginden öň hasaplanan, Awstriýada salgyt salnyp bilinjek girdejä ýa-da maýa degişli böleginden köp bolmaz.

b) Eger Türkmenistanyň dahyllysynyň şu Konwensiýasynyň islendik düzgünine laýyklykda alýan girdejisi ýa-da maýasy Türkmenistanda salgytdan boşadylýan bolsa, onda Türkmenistan

muña garamazdan, bu dahyllynyň girdejisiniň ýa-da maýasynyň galan bölegine salgydyň möçberi hasaplananda, onuň salgytdan boşadylan girdejisini ýa-da maýasyny hasaba alyp biler.

6-njy BÖLÜM AÝRATYN DÜZGÜNLER

23-nji madda Kemsitmezlik

1. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň milli taraplary Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisinde şol beýleki Döwletiň milli taraplarynyň hut şol ýagdaýlarda, hususan-da, dahyllylyk babatda sezewar edilýän ýa-da sezewar edilip bilinjek islendik salgyt salmakdan ýa bolmasa onuň bilen bagly islendik talaplardan başga ýa-da has agyr salgyt salmaga ýa bolmasa onuň bilen bagly borçlara sezewar edilmeli däldir. Şu düzgün 1-nji maddanyň düzgünlerine garamazdan, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da ikisiniň-de dahyllysy bolup durmaýan şahsy taraplar babatda hem ulanylýar.

2. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň dahyllylary bolup durýan raýatlygy ýok adamlar Ylalaşýan Döwletleriň hiç birinde gyzyklanýan Döwletiň milli taraplarynyň hut şol ýagdaýlarda, hususan-da, dahyllylyk babatda sezewar edilýän ýa-da sezewar edilip bilinjek islendik salgyt salmakdan ýa bolmasa onuň bilen bagly islendik talaplardan başga ýa-da has agyr salgyt salmaga ýa bolmasa onuň bilen bagly talaplara sezewar edilmeli däldir.

3. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisindäki hemişelik wekilçiligine salgyt salmak düzgüniniň amatlylygy şol beýleki Döwletde şonuň ýaly işi amala aşyrýan kärhanalar babatda salgyt salmak düzgüninden amatsyz bolmaly däldir. Şu düzgün Ylalaşýan Döwletleriň birini öz dahyllylaryna olaryň raýatlyk ýagdaýy ýa maşgala ýagdaýlary esasynda salgyt salmak babatda üpjün edýän haýsydyr bir şahsy ýeňilliklerini, indirimlerini we kemeldilmelerini Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysyna üpjün etmäge borçly edýän hökmünde düşündirilmeli däldir.

4. 9-njy maddanyň 1-nji bölüminiň, 11-nji maddanyň 6-njy bölüminiň ýa-da 12-nji maddanyň 4-nji bölüminiň düzgünleri ulanylýandan başga halatlarda Ylalaşýan Döwletleriň biriniň

kärhanasynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysyna töleýän göterimleri, roýaltileri we beýleki tölegleri şeýle kärhananyň salgyt salynýan peýdasyny kesgitlemek maksady bilen, olar ady birinji agzalan Döwletiň dahyllysyna tölenendäki ýaly şertlerde kemeldilmäge degişlidir. Hut şonuň ýaly, Ylalaşýan Döwletleriň biriniň kärhanasynyň Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň dahyllysyna islendik bergisi şol kärhananyň salgyt salynýan maýasyny kesgitlemek maksady bilen, birinji ady agzalan Döwletiň dahyllysyna tölenen ýaly, şol bir şertlerde kemeldilmäge degişlidir. Ylalaşýan Döwletiň biriniň kärhanasynyň beýleki Ylalaşýan Döwletiň dahyllysyna şeýle görnüşdäki islendik bergileri şeýle kärhananyň salgyt salynýan maýasyny kesgitlemek maksady bilen, şol sanda birinji agzalan döwletiň dahyllysynyň bergileri şol bir şertlerde kemeldilmäge degişlidir,

5. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň maýasy Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisiniň bir ýa-da birnäçe dahyllysyna doly ýa-da bölekleyin degişli bolan ýa-da onuň bir ýa-da birnäçe dahyllysy tarapyndan gönüden-göni ýa-da gytaklaýyn gözegçilik edilýän kärhanalaryna ady birinji agzalan Döwletde onuň şonuň ýaly kärhanalary babatda ulanylýandan başga ýa-da has agyr islendik salgyt salynmaly däldir ýa-da olar şonuň bilen bagly islendik talaplara sezewar edilmeli däldir.

6. 2-nji maddanyň düzgünlerine garamazdan, şu maddanyň düzgünleri islendik kysymly we görnüşli salgytlar babatda ulanylýar.

24-nji madda **Özara ylalaşmak amaly**

1. Eger tarap Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da ikisiniň-de hereketleri şu Konwensiýanyň düzgünlerine laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyna getirýär ýa-da getirer diýip hasap edýän bolsa, ol şu Döwletleriň içerki kanunçylyklarynda göz önünde tutulan gorag serişdelerine garamazdan, arzasyny garamak üçin özi dahyllysy bolup durýan Ylalaşýan Döwletiň, ýa bolmasa onuň işi 23-nji maddanyň 1-nji bölümüniň täsirine düşýän bolsa, onda özi milli tarapy bolan Ylalaşýan Döwletiň ygtyýarly edaralaryna berip biler. Arza şu Konwensiýanyň düzgünlerine laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyna getirýän hereketler hakyndaky ilkinji habarnamanyň iiberilen pursadyndan başlap, üç ýylyň dowamynda berilmelidir.

2. Ygtyýarly edara arzany esasly diýip hasap etse we özi kanagatlanarly çözüde gelip bilmese, ol şu Konwensiýa laýyk gelmeýän salgytlaryň salynmagyny aradan aýyrmak maksady bilen, işi beýleki Ylalaşýan Döwletiň ygtyýarly edarasý bilen özara ylalaşmak boýunça çözmäge çalşar. Islendik gazanylan ylalaşyk Ylalaşýan Döwletleriň içerki kanunçylygynda bar bolan haýsydyr bir wagtlaýyn çäklendirmelere garamazdan, ýerine ýetiriler.

3. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu Konwensiýa düşündirilen ýa-da ulanylan mahaly ýüze çykýan islendik kynçylyklary ýa-da şübhelenmeleri özara ylalaşmak boýunça çözmäge çalşar. Şeýle hem, olar şu Konwensiýada göz önünde tutulmaýan ýagdaýlarda iki gezek salgyt salynmagyny aradan aýyrmak maksady bilen, bir-biri bilen geňeşip biler.

4. Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary ýokardaky bölümlere düşünmekde ylalaşyk gazanmak maksady bilen, şol sanda şol ygtyýarly edaralaryň özlerinden ýa-da olaryň wekillerinden ybarat bilelikdäki topary döretmek arkaly, bir-biri bilen göni gatnaşykda bolup biler.

25-nji madda **Maglumatlary alyşmak**

1. Şeýle derejede salgyt salynmagy şu Konwensiýa ters gelmeýän bolsa, Ylalaşýan Döwletleriň ygtyýarly edaralary şu Konwensiýanyň düzgünlerini ýerine ýetirmek ýa-da Ylalaşýan Döwletleriň, ýa bolmasa olaryň syýasy-çäk birliginiň, ýa-da ýerli öz-özüňi dolandyryş edarasynyň adyndan alynýan salgytlaryň islendik görnüşine we kysymyna degişli içerki kanunçylygyny dolandyrmak ýa-da ulanmak üçin zerur bolan düýpli maglumatlary alyşýarlar. Maglumatlary alyşmak 1-nji we 2-nji maddalar bilen çäklenmeýär.

2. Ylalaşýan Döwletleriň biriniň 1-nji bölüme laýyklykda alan islendik maglumaty şol Döwletiň milli kanunçylygyna laýyklykda alnan maglumat ýaly gizlin hasap edilýär hem-de diňe 1-nji bölümde görkezilen salgytlara degişli maglumatlara baha bermek ýa olary toplamak, mejbury ýagdaýda töletdirmek ýa-da kazyýet taýdan yzarlamak, ýa bolmasa şikayatlara garamak, şeýle hem ähli ýokarda görkezilenlere gözegçilik etmek bilen meşgullanýan taraplara ýa-da edaralara (şol sanda kazyýetlere we dolandyryş edaralaryna) habar berilýär. Şeýle taraplar ýa-da edaralar şol maglumatlary diňe

görkezilen maksatlar bilen peýdalanýarlar. Olar şol maglumatlary açyk kazyýet mejlisiniň barşynda ýa-da kazyýet çözgütleri kabul edilende aýan edip bilerler. Hatda şeýle halatlarda maglumatlary berýän tarap bilen bagly gizlilikden diňe beýleki tarapyň kanuny bähbitlerini ýa-da köplenç halatda jemgyýetçilik bähbitlerini gorap saklamak üçin zerur bolşuna görä boýun gaçyryp bolar. Ýokarda aýdylanlara garamazdan, Ylalaşýan Döwlet tarapyndan alnan maglumat iki Döwletiň kanunçylygyna laýyklykda başga maksatlar üçin ulanylyp bilinjek bolsa, şol maglumat şeýle başga maksatlar üçin ulanylyp bilner we şeýle maglumaty beren Döwletiň ygtyýarly edarasy olary ulanmaga rugsat berýär.

3. Hiç bir halatda 1-nji we 2-nji bölümleriň düzgünleri Ylalaşýan Döwletiň üstüne aşakda görkezilen borçlary ýükleyän hökmünde düşündirilmez:

a) Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da beýlekisiniň kanunçylygyna ýa-da dolandyryş tejribesine garşy gelýän dolandyryş çärelerini geçirmek;

b) Ylalaşýan Döwletleriň biriniň ýa-da beýlekisiniň kanunçylygy boýunça we dolandyryşynyň barşynda alyp bolmaýan maglumatlary bermek;

ç) söwda, telekeçilik, senagat, täjirçilik ýa-da hünär syryny, ýa söwda amalyny aýan etjek maglumatlary, ýa bolmasa aýan edilmegi döwlet syýasatyna (orde public) ýa-da Döwlet tarapyndan berlen esasy hukuklara, aýratyn-da maglumatlary goramak babatdaky hukuklara garşy geljek maglumatlary bermek.

4. Eger şu madda laýyklykda maglumat Ylalaşýan Döwletleriň biri tarapyndan soralan bolsa, şeýle maglumatyň şol beýleki Döwlete onuň hususy salgyt maksatlary üçin zerurlygy bolmasa-da, Ylalaşýan Döwletleriň beýlekisi soralan maglumaty almak üçin maglumat ýygnamak boýunça öz çärelerini ulanmalydyr. Ýokardaky sözlemde beýan edilen borçnama 3-nji bölümiň düzgünleri bilen çäklendirilýär, ýöne hiç bir halatda şeýle çäklendirmeler Ylalaşýan Döwlete şol maglumata diňe içerki gyzyklanmanyň ýoklugy sebäpli, ony bermekden ýüz döndermäge rugsat berýän hökmünde düşündirilip bilinmez.

5. Hiç bir halatda 3-nji bölümiň düzgünleri Ylalaşýan Döwlete diňe maglumatyň eýesi bolup bankyň, beýleki maliýe edarasynyň, ýönekeý saklaýjynyň ýa-da ýumuşçy ýa bolmasa işler ynanylan wekil

bolup durýan tarapyň çykyş edýändigini, ýa-da şol maglumatyň tarapyň eýeçilik hukuklaryna degişlidigi sebäpli, maglumaty bermekden ýüz döndermäge rugsat berýän hökmünde düşündirilmez.

26-njy madda

Diplomatik wekilhanalaryň we konsullyk edaralaryň işgärleri

Şu Konwensiýanyň hiç bir düzgüni diplomatik wekilhanalaryň we konsullyk edaralaryň işgärleriniň halkara hukugynyň umumy kadalary bilen ýa-da ýörite ylalaşyklaryň düzgünleri esasynda berlen salgyt ýeňilliklerine täsir etmeýär.

7-nji BÖLÜM

JEMLEÝJI DÜZGÜNLER

27-nji madda

Güýje girmegi

1. Şu Konwensiýa tassyklanmaga degişlidir we tassyklaýyş hatlaryny alyşmak gysga möhletlerde geçiriler.

2. Şu Konwensiýa tassyklaýyş hatlary alşylýan üçünji aýyň birinji güni güýje girer we onuň düzgünleri:

a) çeşmesinden alynýan salgytlar babatda – Konwensiýa güýje giren ýyldan soňky senenama ýylynyň ýanwar aýynyň birinde ýa şondan soň tölenilýän girdejileriň möçberleri barada;

b) girdeji we maýa üçin beýleki salgytlar babatda – Konwensiýa güýje giren ýyldan soňky senenama ýylynyň ýanwar aýynyň birinde ýa şondan soň başlanýan islendik salgyt ýyly üçin tölemäge degişli şeýle salgytlar barada ulanylar.

28-nji madda

Hereketiniň bes edilmegi

Şu Konwensiýa Ylalaşýan Döwletleriň biri onuň hereketini bes edýänçä güýjünde galýar. Ylalaşýan Döwletleriň her biri şu Konwensiýa güýje giren senesinden başlap başýylyk döwürden soň gelýän islendik senenama ýylynyň tamamlanmagyna azyndan alty aýdan gijä galman, Konwensiýany bes etmek hakyndaky

habarnamany diplomatik ýollar bilen ibermek arkaly ony bes edip biler.

Şeýle halatda Konwensiýa bes etmek hakyndaky habarnama iberilen senenama ýylyndan soňky ýylyň ýanwar aýynyň 1-nde ýa 1-nden soň alnan, islendik ýylda döreyän girdejiler babatda we bes etmek hakyndaky habarnama iberilen senenama ýylyndan soňky islendik girdeji ýylynyň tamamlanmagyna çenli eýeçilik bolup durýan maýa babatda öz hereketini bes edýär.

Muňa güwä geçmek hökmünde, degişli derejede ygtyýarly edilen aşakda gol çekenler şu Konwensiýa gol çekdiler.

Wena şäherinde 2015-nji ýylyň 12-nji maýynda nemes, türkmen, rus, we iňlis dillerinde iki nusgada amal edildi, özi-de ähli dört nusganyň hem birmeňzeş güýji bardyr. Islendik nusgalaryň arasynda tapawutlar bolan halatda iňlis dilindäki nusga iş nusgasy bolup durýar.

**Awstriýa Respublikasynyň
Hökümetiniň adyndan**

Michael Linhart m.p.

**Türkmenistanyň
Hökümetiniň adyndan**

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

TESWIRNAMA

Awstriýa Respublikasynyň Hökümeti bilen Türkmenistanyň Hökümetiniň arasynda şol gün baglaşylan Girdejiler we maýa üçin salgytlar babatdaky Konwensiýa gol çekilen pursadynda aşakda gol çekenler aşakdaky şertleri Konwensiýanyň aýrylmaz bölegi bolup durmagyny ylalaşdylar:

1. 25-nji madda babatda:

i. Arza berijiniň Döwletiniň ygtyýarly edarasy ýüztutma üçin maglumatlaryň möhümdigini görkezmek bilen, Konwensiýa laýyklykda maglumatlary bermek hakynda ýüztutma berip, ýüz tutýan Döwletiň ygtyýarly edarasyna şu maglumatlary bermelidir:

a) seljerme ýa-da barlag geçirilende tarapyň şahsyýeti baradaky;

b) maglumatyň tassyklanandygy, şol sanda ýüz tutulýan Döwletden gatnaşýan Döwletiň almak isleýän maglumatynda onuň döremegi we görnüşi baradaky;

ç) onuň soralyan maglumatynyň salgyt maksatlary üçin ulanyljakdygy baradaky;

d) soralyan maglumatyň ýüz tutulýan Döwlete geçirilendigi ýa-da ýüz tutýan Döwletiň ygtyýarlyklarynyň çäklerinde tarapyň ýurisdiksiýasynda ýa-da dolandyrmagynda durýandygy üçin esas baradaky;

e) soralyan maglumata eýelik edýän islendik ynanylan tarapyň ady we salgysy baradaky;

ä) ýüztutma berlen Döwletiň ýolunda barabar bolmadyk kynçylyklary bolmadyk maglumatlardan başga maglumatlary almak üçin öz çäginde ähli elýeterli serişdeleri peýdalanandygynyň tassyklanýandygy baradaky.

ii. 25-nji maddada görkezilen maglumatlary alyşmak «balykçylar ekspedisiýasyna» (kazyýete çenli çäreleri geçirmäge) esaslanýan çäreleri öz içine almayandygy aňladylýar.

iii. 25-nji maddanyň 5-nji bölümi Ylalaşýan Döwletleri gönüden-göni ýa-da awtomatik esasyda maglumatlary alyşmaga borçly etmeýändigini aňladylýar.

iv. Ýokarda agzalan ýörelgelere goşmaçada 25-nji maddany düşündirmek üçin YHÖG-niň Düşündirişlerinde bellenen ýörelgelere hem şeýle garaljakdygy aňladylýar.

2. 12-nji maddanyň 2-nji bölüminiň düzgünlerine garamazdan, Türkmenistan tarapyndan Ýewropa birleşigine agza döwletler babatda ulanylýan roýalti tölegleri üçin pes möçber iki gezek salgyt salmak baradaky Konwensiýa laýyk gelýärkä, bu pes möçber (şol sanda nol möçber) hem şu Konwensiýanyň maksatlary üçin ulanylyp bilner. Emma, şu düzgün şu Konwensiýa güýje girenden soň baş ýylyň tamamlanmagy bilen güýjüni ýitirýär.

Muňa güwä geçmek hökmünde, degişli derejede ygtyýarly edilen aşakda gol çekenler şu Konwensiýa gol çekdiler.

Wena şäherinde 2015-nji ýylyň 12-nji maýynda nemes, türkmen, rus, we iňlis dillerinde iki nusgada amal edildi, özi-de ähli dört nusganyň hem birmeňzeş güýji bardyr. Islendik nusgalaryň arasynda tapawutlar bolan halatda iňlis dilindäki nusga iş nusgasy bolup durýar.

**Awstriýa Respublikasynyň
Hökümetiniň adyndan**

Michael Linhart m.p.

**Türkmenistanyň
Hökümetiniň adyndan**

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG TURKMENISTANS ZUR
VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE
DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung Turkmenistans, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

KAPITEL I. ANWENDUNGSBEREICH DES ABKOMMENS

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;
- iii) die Grundsteuer;
- iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
(im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet)

b) in Turkmenistan:

- i) die Steuer auf den Gewinn (das Einkommen) juristischer Personen;
- ii) die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen;
- iii) die Steuer auf Vermögen;
(im Folgenden als „turkmenische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

KAPITEL II. DEFINITIONEN

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Turkmenistan“ das Hoheitsgebiet Turkmenistans innerhalb seiner Landesgrenzen zusammen mit den Küstengebieten (einschließlich der Meeres- und Unterwassergebiete) innerhalb derer Turkmenistan in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte und Gerichtsbarkeit ausübt;
 - c) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung jeglicher Geschäftstätigkeit;
 - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde":
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Turkmenistan: das Finanzministerium und die staatliche Hauptfinanzbehörde oder deren bevollmächtigte Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger" in Bezug auf einen Vertragsstaat:
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - j) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem

Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,

- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Erschließung, des Abbaus und der Förderung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

KAPITEL III. BESTEUERUNG DES EINKOMMENS

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile

zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT, BINNENSCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen

abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

- (2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.
- b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen

Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Solche Zinsen dürfen nach dem Recht dieses Staates auch in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem sie stammen; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in welchem der Empfänger ansässig ist, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen in diesem Staat ansässig ist und:

a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;

b) wenn die Zinsen vom Staat, aus dem die Zinsen stammen, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften öffentlichen Rechts gezahlt werden;

c) wenn die Zinsen für ein Darlehen, eine Forderung oder einen Kredit gezahlt werden, die der Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Exportfinanzierungsagenturen schuldet oder von diesen eingegangen, gewährt, garantiert oder besichert wurden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigter im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen bezieht, deren Wert zu mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar auf unbeweglichem Vermögen beruht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen

Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

KAPITEL IV. BESTEUERUNG DES VERMÖGENS

Artikel 21

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

KAPITEL V. METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

Artikel 22

METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Turkmenistan besteuert werden, so rechnet Österreich

- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Turkmenistan gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Turkmenistan gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Turkmenistan besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Turkmenistan besteuert werden darf, entfällt.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Turkmenistan eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Turkmenistan besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung aus.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Turkmenistan:

a) Bezieht eine in Turkmenistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Turkmenistan

- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

b) Einkünfte oder Vermögen einer in Turkmenistan ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Turkmenistan auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

KAPITEL VI. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden

Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

KAPITEL VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 27

INKRAFTTRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung auf:

a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern auf alle Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt werden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) hinsichtlich anderer Steuern auf Einkommen und Vermögen, die für Steuerzeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 28**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung in Bezug auf Einkommen, das in einem Steuerjahr entsteht, das am oder nach dem 1. Jänner des Jahres beginnt, das jenem Kalenderjahr unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt, und in Bezug auf Vermögen, das zum Ablauf jenes Steuerjahres gehalten wird, das jenem Kalenderjahr unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Mai 2015, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, turkmenischer, russischer, und englischer Sprache, wobei jeder der vier Texte gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Michael Linhart m.p.

Für die Regierung Turkmenistans:

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Turkmenistans abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 25:

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;

b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;

c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;

d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;

e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 25 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen ("fishing expeditions").

(iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf spontaner oder automatischer Basis auszutauschen.

(iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

2. Solange Turkmenistan gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen einen niedrigeren Satz für Lizenzgebührenzahlungen im Verhältnis zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anwendet, so gilt dieser niedrigere Satz (einschließlich eines Nullsatzes) ungeachtet der Bestimmungen des Art. 12 Abs. 2 auch für Zwecke dieses Vertrages. Diese Bestimmung findet nicht mehr Anwendung nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Doppelbesteuerungsabkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Mai 2015, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, turkmenischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder der vier Texte gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Michael Linhart m.p.

Für die Regierung Turkmenistans:

Gurbanguly Berdimuhamedow m.p.